

JAHRESBERICHT 2019

BERATUNGSNETZWERK HESSEN

herausgegeben vom Demokratiezentrum Hessen



GEMEINSAM FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Inhaltsverzeichnis

1. VORWORT	5
2. WER WIR SIND Über das Beratungsnetzwerk und das Demokratiezentrum Hessen.....	6
3. DAS JAHR 2019 IN ZAHLEN: Rekord-Nachfrage bei Beratung und Bildung.....	9
3.1 Beratung.....	11
3.1.1 Erneuter Höchststand der Beratungsfälle.....	12
3.1.2 Wo findet Beratung statt?.....	13
3.1.3 Wer sucht Beratung?.....	15
3.1.4 Warum wurde eine Beratung gesucht?.....	17
3.1.5 Breite Palette der Beratungsleistungen.....	18
3.2 Bildungs- und Präventionsangebote.....	19
3.2.1 Anzahl und Formate der Bildungsveranstaltungen.....	19
3.2.2 Themen und Zielgruppen der Bildungsveranstaltungen.....	20
3.2.3 Regionale Verteilung nach Landkreisen.....	23
4. KURZ-BILANZ der Förderperiode 2015 – 2019 im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.....	24
5. AUS DER PRAXIS	26
5.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstelle Ost-/Nordhessen des Beratungsnetzwerks Hessen.....	27
5.2 Haus am Maiberg: Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen.....	28
5.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt.....	30
5.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus.....	31
5.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie.....	32
5.6 Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Hessen – Projekt in der Trägerschaft des Hessischen Jugendrings.....	33
5.7 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe).....	34
5.8 Die Kopiloten e. V.: Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen.....	35
5.9 Sara Nussbaum Zentrum für jüdisches Leben (Kassel).....	37
5.10 „Extrem Radikal?!“ – Demokratiebildung und Teilhabekultur als Extremismusprävention.....	38
5.11 Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) in Wiesbaden.....	39
5.12 „Partnerschaft für Demokratie“: das Netzwerk für Toleranz Waldeck-Frankenberg.....	41
5.13 „Partnerschaft für Demokratie“ Wetterau: Bericht aus der Praxis.....	42
6. WAS GAB ES 2019 NEUES im Beratungsnetzwerk Hessen?.....	44
6.1 Fachtag „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ in Frankfurt.....	45
6.2 Klausurtagung Butzbach: Bilanz und Ausblick zur Arbeit des Netzwerks.....	46
6.3 Fachtag „Schule und Rassismus“ in Frankfurt.....	46
6.4 Fachtag „Extrem gut! Bilanzierung und Ausblick der Konzeptwerkstatt“.....	47
6.5 Beratungsnetzwerk Hessen erhielt erneut Gütesiegel für seine Arbeit.....	48
6.6 Studie zur Evaluation der Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ (2012 – 2019) des Demokratiezentrum Hessen.....	49
6.7 Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ weiter gefragt.....	50

1. VORWORT



Ende 2019 lief die erste Förderperiode des 2015 aufgelegten Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ebenso aus wie das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (beide Programme werden dankenswerter Weise fortgeführt). Die „Altvorderen“ im Beratungsnetzwerk erinnern sich sicherlich daran, wie wir 2007 mit unserer Arbeit angefangen haben und wie insbesondere dank dieser beiden Programme die Angebote in Hessen in einer völlig neuen Größenordnung und Qualität auf- und ausgebaut werden konnten. Blicken wir auf die gesellschaftspolitischen Ereignisse in den Jahren 2015 bis 2019 zurück, so sehen wir, dass entsprechend dem monetären Zuwachs auch die Anforderungen an unsere Arbeit gewachsen sind: Der sogenannte „Sommer der Migration“ 2015 stellte einen Katalysator für die Etablierung des Rechtspopulismus dar mit der einhergehenden Polarisierung der Gesellschaft, die sich an den Stammischen ebenso offenbart wie in den Echokammern der sozialen Netzwerke. Der organisierte Rechtsextremismus selbst diffundierte in demselben Zeitraum in sehr vielfältige Bereiche und Strukturen hi-

nein, die nicht per se als rechtsextrem zu deklarieren sind. Hinzu kommt ein klar registrierbarer Anstieg von Straf- und Gewalttaten im rechtsextremen Bereich. Der im vergangenen Jahr 2019 verübte Mord an Dr. Walter Lübcke stellt dabei ein „Fanal“ – ein weithin erkennbares Zeichen der Veränderung – dar, denn damit wurden für Politikerinnen und Politiker, insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene, neue Bedrohungslagen offenbar, die aus vielerlei Gründen zuvor weniger sichtbar waren.

In den vergangenen fünf Jahren ist unser Netzwerk sehr gewachsen. Trotzdem ist es uns allen gemeinsam gelungen, den Kern unserer Zusammenarbeit zu bewahren und weiterzuentwickeln: die Vernetzung all der klugen und engagierten Köpfe, der Austausch untereinander und das Ringen um gemeinsame Ideen und Lösungen – das ist der größte und gemeinsame Erfolg der letzten Förderperiode! Und Hand aufs Herz: Das ist der einzige sinnvolle Weg, wie wir den sehr dynamischen und wachsenden Herausforderungen des Rechtsextremismus und den vielfältigen, weit darüberhinausgehenden Tendenzen der Demokratiegefährdung begegnen können. So gilt abschließend mein aufrichtiger Dank all den Menschen und Initiativen in Hessen, die sich auch 2019 gegen Rechtsextremismus und für Demokratie einsetzten. Meinem Team im Demokratiezentrum in Marburg danke ich ebenfalls herzlich. Und nicht zuletzt geht mein Dank an unsere „Geldgeber“ von Land und Bund, ohne die unsere Arbeit gar nicht möglich wäre. Schauen wir auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre, so wird klar, dass unser aller Engagement in der nächsten Zeit nötiger sein wird denn je!

Dr. Reiner Becker
 Leiter des Demokratiezentrums Hessen im
 Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie
 und gegen Rechtsextremismus

6.8 Neue Publikationen.....	51
6.8.1 Neuer Folder „Das Jahr in Zahlen“ hat Premiere.....	51
6.8.2. Aktualisierung und Neuauflagen von Info-Material.....	51
6.9.3 Jahresbericht 2018 in Online- und Printversion.....	52
6.9.4. Neue Ausgabe der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“.....	53
7. VERNETZUNG – AUSTAUSCH – WEITERENTWICKLUNG.....	54
7.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen.....	55
7.2. Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams.....	55
7.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung.....	56
7.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen.....	56
7.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“.....	56
7.6 Modulare Weiterbildung sichert Professionalität.....	57
8. FINANZIERUNG.....	58
9. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT.....	60
10. ANHANG Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen / Expertenpool.....	64
IMPRESSUM.....	67



2. WER WIR SIND

Über das Beratungsnetzwerk und das Demokratiezentrum Hessen

Wie kann man Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und allgemein Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit wirkungsvoll begegnen, vorbeugen und Betroffenen helfen? Das ist zentrales Aufgabengebiet des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Denn rechtsextreme Stimmungen an einer Schule, rassistische Parolen am Stammtisch, Neonazis im Jugendclub, antisemitische Schmiereien, Hasstiraden im Internet, Handgreiflichkeiten gegen Geflüchtete oder ähnliche Vorfälle gehören zum Alltag in vielen deutschen Kommunen. Auch in Hessen. Um solche Konflikte angemessen bewältigen zu können, bietet das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Beratungshilfe an. Seit 2007 berät es hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen wie oben genannt und bietet umfangreiche präventive Hilfe zur Stärkung der demokratischen Kultur an. Die professionelle Beratung ist individuell, qualifiziert, vertraulich und kostenlos.

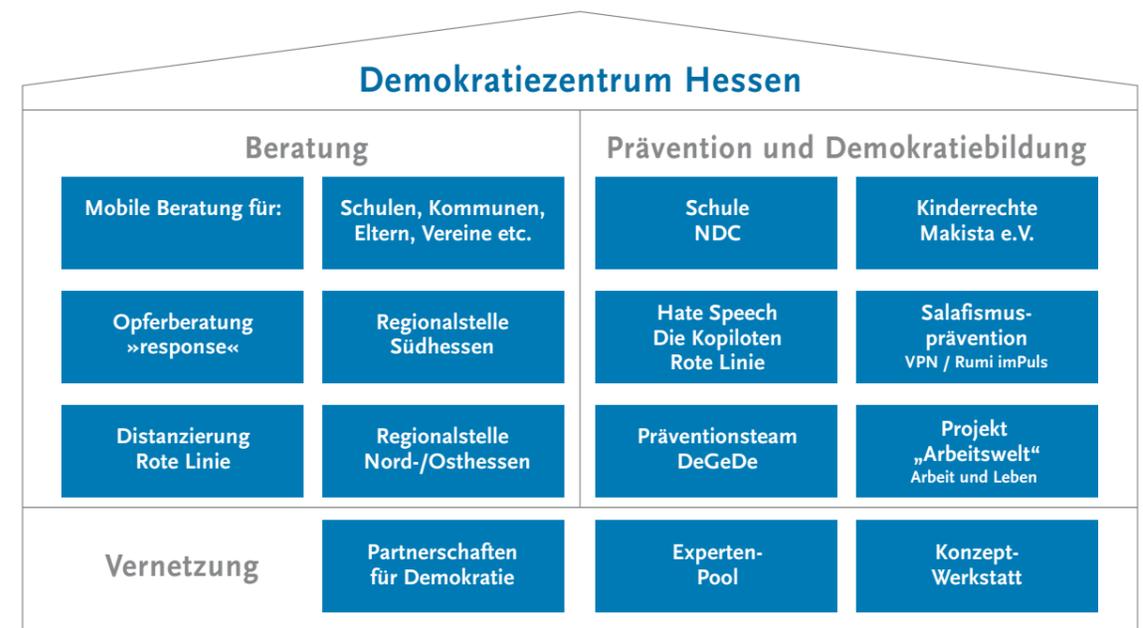
Im Beratungsnetzwerk Hessen kooperieren zahlreiche relevante staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie

landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater.

Dieser kooperative „Expertenpool“ besteht aus derzeit rund 40 Trägern – von der Antifaschistischen Bildungsinitiative und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden, dem Landesverband Hessen Deutscher Sinti und Roma über die hessische Jugendfeuerwehr und verschiedene Ministerien bis zur Sportjugend oder den Kirchen – sowie mehr als drei Dutzend qualifizierten mobilen Beraterinnen und Beratern vor Ort.

Zentrale Anlauf-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg (FB Erziehungswissenschaften) angesiedelt ist. Es vermittelt die Ansprechpartner vor Ort, koordiniert die Beratung, Vernetzung und Prävention und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen. Zudem gibt es zwei Regionalstellen: 2015 wurde eine Regionalstelle beim Mobilem Beratungsteam Hessen (MBT) in Kassel eingerichtet sowie 2016 die Regionalstelle Süd bei der Akademie für politische und soziale Bildung „Haus am Maiberg“ in Heppenheim.

Die Aufgabenbereiche des Demokratiezentrums Hessen im Jahr 2019 skizziert die folgende Darstellung:

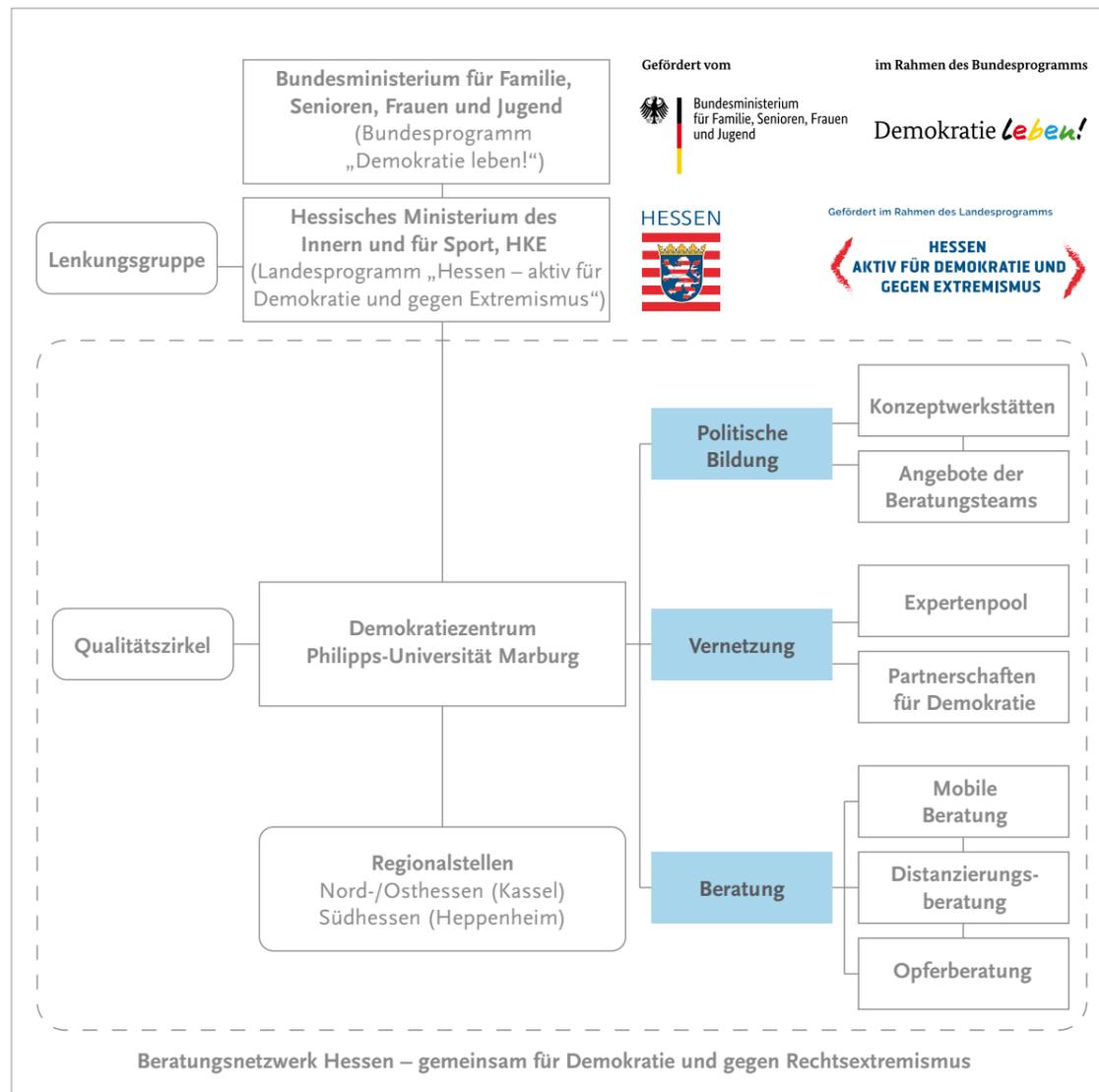


Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentriums Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) sowie das Landesprogramm

„Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport).

Aufbau und Strukturen des Beratungsnetzwerks Hessen und die beteiligten Institutionen und Zuständigkeiten zeigt das folgende aktuelle Organigramm:

Internetadresse: www.beratungsnetzwerk-hessen.de



Organigramm Beratungsnetzwerk Hessen

Sozialer Nahraum



3. DAS JAHR 2019 IN ZAHLEN: REKORD-NACHFRAGE BEI BERATUNG UND BILDUNG

Und jährlich grüßt das Murmeltier: Auch im Jahr 2019 haben die Aktivitäten des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ einen weiteren Höchststand erreicht: Die Zahl der Beratungen stieg auf 296 Fälle an (im Jahr 2018 waren es 248). Hinzu kamen 155 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen der Beratungsträger (2018: 123) und 476 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen von weiteren Trägern, die durch das Demokratiezentrum Hessen gefördert werden (2018: 288).

Seit der Gründung des Netzwerks 2007 wurden damit insgesamt 1.245 Beratungsfälle und 527 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen registriert. Ferner gab es zahlreiche Veranstaltungen der „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd), die ebenfalls ein zentraler Teil der Vernetzung in Hessen sind.

Warum steigen von Jahr zu Jahr die Beratungsanfragen an? Im vergangenen Jahr war Hessen gleich mehrmals Ort von rechtsextremen Gewalttaten, die bundesweit Beachtung fanden: Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 hat nicht nur die Menschen in Hessen erschüttert; er ist ein Fanal dafür geworden, dass Menschen, die sich in der Politik engagieren – ob kommunal oder auf Landes- oder Bundesebene – zunehmend durch Akteure der rechtsextremen Szene bedroht werden. Der Mordversuch an einem jungen Mann in Wächtersbach im Juli 2019 zeigt, dass rechtsextreme Gewalt nicht einhergehen muss mit einer Einbindung des Täters in rechtsextreme Strukturen. Die Bandbreite von rechtsextremen Vorfällen ist größer geworden: von Enthemmungen und verbalen Entgleisungen in den sozialen Netzwerken bis hin zur Bedrohung oder gar Ermordung von Menschen, die nicht in das verquaste Weltbild von Rassisten und Rechtsextremen passen. Der Ton ist nicht nur rauer geworden, die Aktivitäten richten sich zunehmend auch gegen die Demokratie selbst.

Das Beratungsnetzwerk Hessen berät Hilfesuchende – betroffene Einzelpersonen, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen und Vereine – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder

Rassismus kostenlos und aufsuchend. Seit 2015 ist es außerdem zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Prävention bzw. Demokratieförderung und Bildung bezüglich Rechtsextremismus und bietet dazu verschiedene Veranstaltungsformate an.

Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit tätige mobile Beraterinnen und Berater, um gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen zu begegnen und die Demokratie zu stärken. Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des als koordinierende Fach- und Geschäftsstelle fungierenden Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport).

Zum methodischen Vorgehen

Der folgende Überblick über die Beratungs- und Bildungsarbeit des Beratungsnetzwerks im Jahr 2019 basiert auf der wissenschaftlichen Auswertung der fortlaufenden und anonymisierten Dokumentation aller Beratungs- und Bildungsprozesse der jeweiligen Teams durch das Demokratiezentrum Hessen. 2018 wurde das Verfahren zur Dokumentation von Beratungsfällen grundlegend überarbeitet: Das System wurde dem des Deutschen Jugendinstituts angepasst, das im Auftrag des Bundesprogramms „Demokratie leben“ bundesweit die Beratungsfälle erfasst und dokumentiert.

Um das Aufgabengebiet im Beratungsnetzwerk zu präzisieren, wurde die in der Vergangenheit verwendete Formulierung „Prävention“ für das zweite Aufgabengebiet des Beratungsnetzwerks weitgehend ersetzt durch den Begriff „Bildung“, der umfassender und zugleich klarer die verschiedenen Angebote des Netzwerks benennt, die nur z. T. einen präventiven Charakter und „vorbeugende“ Funktion haben (können).

Beratungsfälle und Bildungsangebote 2015 – 2019

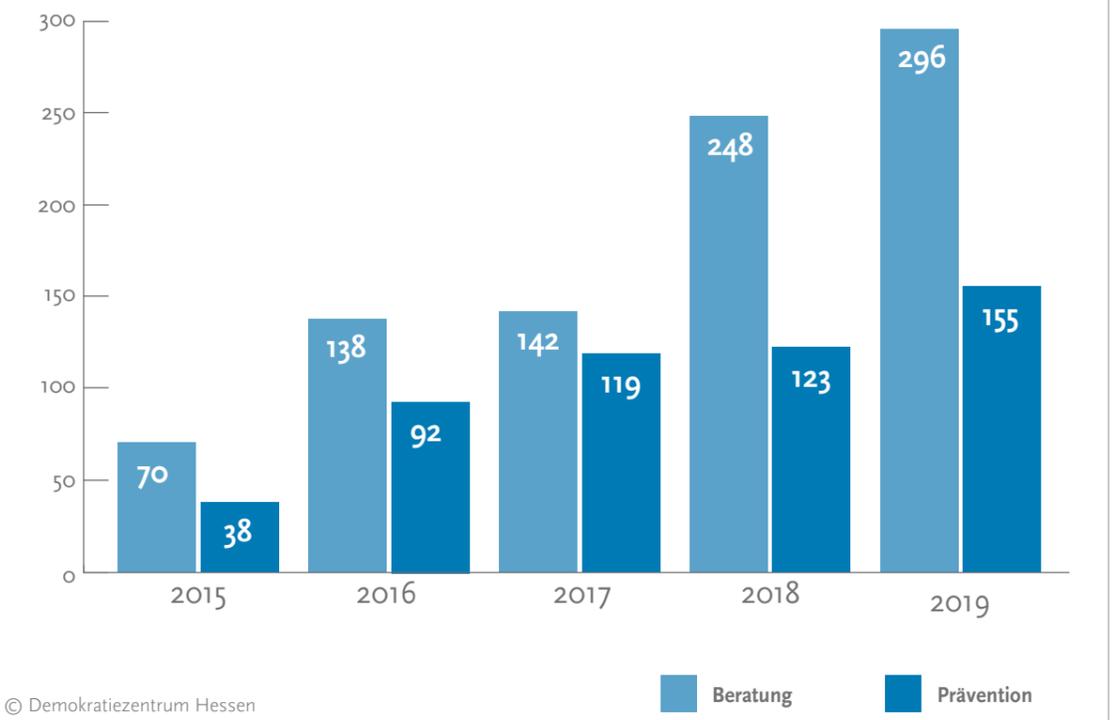


Abbildung 1: Vergleich der Zahlen der Beratungs- und Bildungsangebote von 2015 bis 2019 (absolute Zahlen)

3.1 Beratung

- Schüler singen rechtsextreme Lieder auf der Heimfahrt nach dem Besuch einer Gedenkstätte. Wie sollen Lehrkräfte reagieren?
- Herr X meldet sich, da er seit einiger Zeit über WhatsApp Statusmeldungen mit volksverhetzenden Inhalten von einem Kollegen bekommt, u. a. ein Bild mit einem KZ-Krematorium im Sommer und der Bildunterschrift „36 Grad und es wird noch heißer“. Was soll er tun?
- Ein Mann hat eine Fahne mit islamfeindlichem/antidemokratischem Hintergrund auf seinem Grundstück geflaggt. Direkte Nachbarn fühlen sich durch die Fahne und die offensichtlich rechte Einstellung des Mannes sehr gestört und teilweise eingeschüchtert. Sie melden sich beim Beratungsnetzwerk.
- Eine Schulleitung wendet sich auf Anregung der örtlichen „Partnerschaft der Demokratie“ an das Beratungsteam mit der Bitte, bei der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur beraten und begleitet zu werden.

Das sind nur einige von vielen unterschiedlichen Beispielen, warum sich Menschen 2019 an das Beratungsnetzwerk Hessen wandten. In allen Fällen ging es darum, den Hilfesuchenden vor Ort direkt, schnell, professionell und vertraulich sowie kostenfrei Rat und Unterstützung zu geben.

3.1.1 Erneuter Höchststand der Beratungsfälle

2019 wurde das Beratungsnetzwerk Hessen in insgesamt 296 Fällen für eine Beratung angefragt. Damit wurde nach 2018 ein weiterer Höchststand seit Bestehen des Netzwerks erreicht.

Seit 2009 wird ein kontinuierlicher Anstieg der Beratungszahlen registriert: 2016 betrug die Zahl der Beratungsfälle 70, 2017 stieg sie bereits auf 142 sowie 2018 auf 248 an, und im vergangenen Jahr waren es 296 Fälle. Bei der angegebenen Fallzahl ist zu berücksichtigen, dass auch 2019 zusätzlich Beratungsprozesse weitergeführt worden sind, die bereits im Vorjahr begonnen haben und in dieser Auswertung nicht enthalten sind.

Für die Dauer eines Beratungsprozesses gibt es

keine Blaupause: Manche Anfragen können mit einem Telefonat erledigt werden, andere Beratungsprozesse hingegen können sich aufgrund ihrer Komplexität über mehrere Monate erstrecken. 138 Beratungsfälle konnten 2019 durch die Erreichung des Beratungsziels oder durch Vermittlung an andere Anlaufstellen abgeschlossen werden; 158 Beratungen werden weiter durchgeführt.

Insgesamt waren die Beraterinnen und Berater des Netzwerks zwischen der Gründung Anfang 2007 und Ende 2019 hessenweit 1.245 Mal im Einsatz, um Menschen in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung zu beraten.

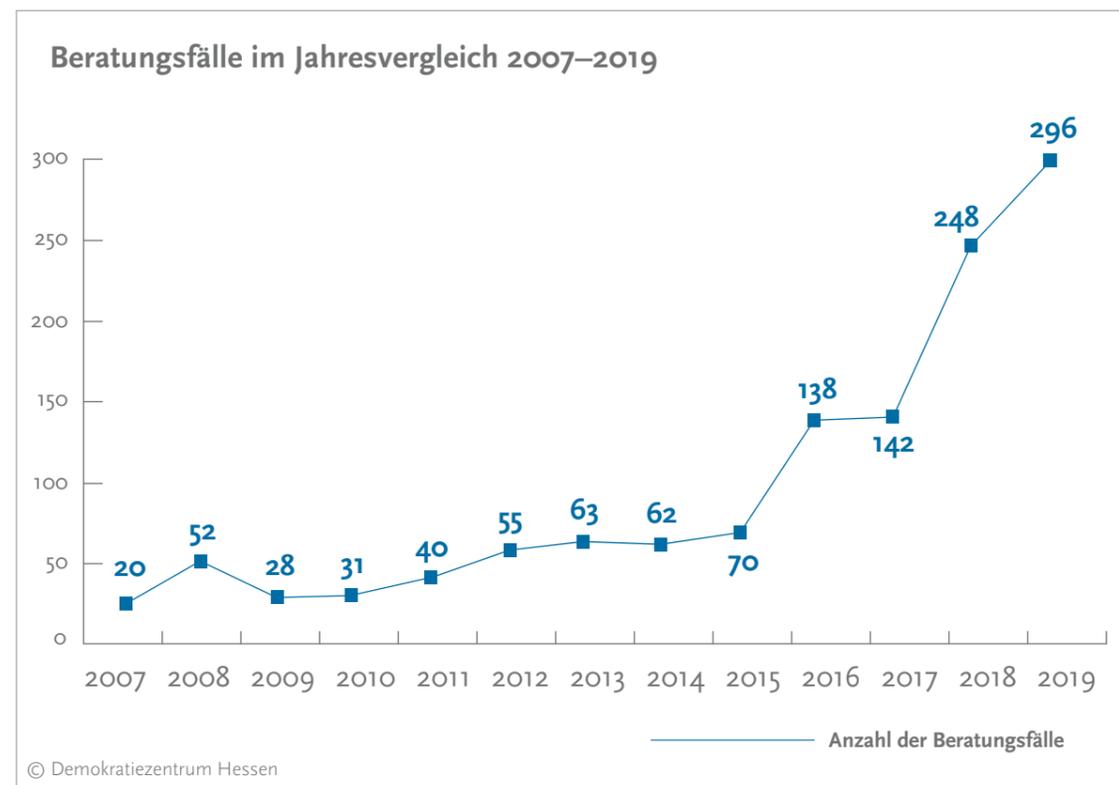


Abbildung 2: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2007 bis 2019 (absolute Zahlen)

3.1.2 Wo findet Beratung statt?

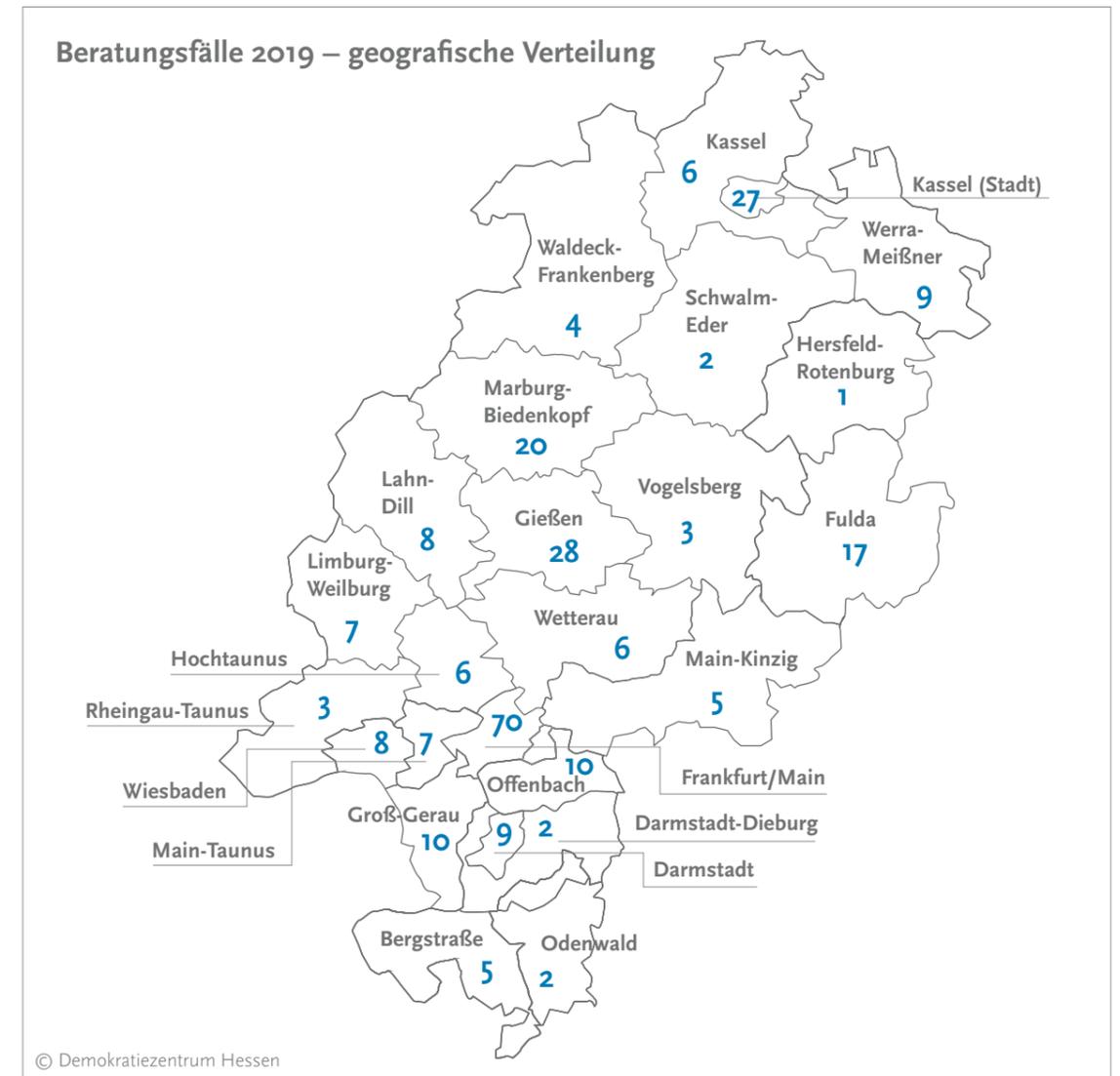


Abbildung 3: Beratungsfälle 2019 pro Landkreis (absolute Zahlen), hinzu kommen 14 Fälle, die landkreisübergreifend bearbeitet wurden, 7 Fälle wurden von den Teams keinem Landkreis zugeordnet.

Ein Blick auf die Verteilung der Beratungsfälle nach Landkreisen zeigt, dass das Beratungsangebot des Beratungsnetzwerks Hessen grundsätzlich in ganz Hessen wahrgenommen wird. Doch immer gilt der folgende Hinweis: Die Zahlen zeigen nicht unbedingt die tatsächliche Belastung durch Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem Landkreis an; die Verteilung spiegelt zunächst nur wider, wo Menschen aktiv werden und sich externe Hilfe durch das Beratungsnetzwerk

Hessen holen. Hohe Zahlen in den einzelnen Landkreisen können auch auf eine erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung sowie den höheren Bekanntheitsgrad des Beratungsnetzwerks Hessen dort schließen lassen. Die hohen Fallzahlen in Frankfurt weisen insbesondere auf die weiter gestiegenen Aktivitäten der dortigen Opferberatungsstelle „response“. Die relativ hohen Beratungsfallzahlen in den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf sind auch begründet durch das Wirken der „Roten Linie – Päd-

agogische Fachstelle Rechtsextremismus“ und des Demokratiezentrum Hessen, die beide in Marburg angesiedelt sind.

Auch der geografische Kontext wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Danach fanden 2019 im Vergleich zum Vorjahr die meisten Beratungen in

einem mittelstädtischen Kontext und im großstädtischen Kontext statt. Ansonsten verteilten sich die Anfragen eher in dem (klein)städtischen Kontext; Beratungsanfragen aus dem dörflichen Umfeld fallen hingegen sehr gering aus.

Beratungsfälle 2019, sortiert nach geografischem Kontext	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	78
große Großstadt (ab 500.000 EW)	69
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	53
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	47
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	18
bundesländerübergreifend	13
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	7
dörfliches Umfeld (200 bis 500 EW)	5
sonstiger Kontext	4
kreisgebietsübergreifend	2
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	1

Tabelle 1: Verteilung der Beratungsfälle 2019 nach Ortsgröße

3.1.3 Wer sucht Beratung?

Die Kategorien zur Erfassung und Dokumentation von Beratungsfällen ermöglichen auch einen detaillierteren Blick auf die Gruppe der Beratungsnehmer_innen. Demnach fragten Einzelpersonen und Betroffene 2019 am meisten die Beratung nach (43,16 %). Danach folgten zahlenmäßig Beratungsanfragen aus dem schulischen Kontext (13,42 %). Daneben ließen sich viele weitere pädagogische Fachkräfte beraten. Erneut fragten auch Familienangehörige das Be-

ratungsangebot stark nach (6,84 %). Zahlreiche Mitarbeiter_innen aus Verwaltungen, Kommunalpolitiker_innen oder Mitarbeiter_innen aus Sicherheitsbehörden bzw. aus Organen der Rechtspflege/Strafverfolgung waren 2019 ebenfalls unter den Beratungsnehmer_innen vertreten. Aber auch der Blick auf die kleineren Zahlen helfen, um einen Gesamteindruck zu gewinnen: Wurde 2018 kein_e Journalist_in beraten, so waren es 2019 gleich drei.

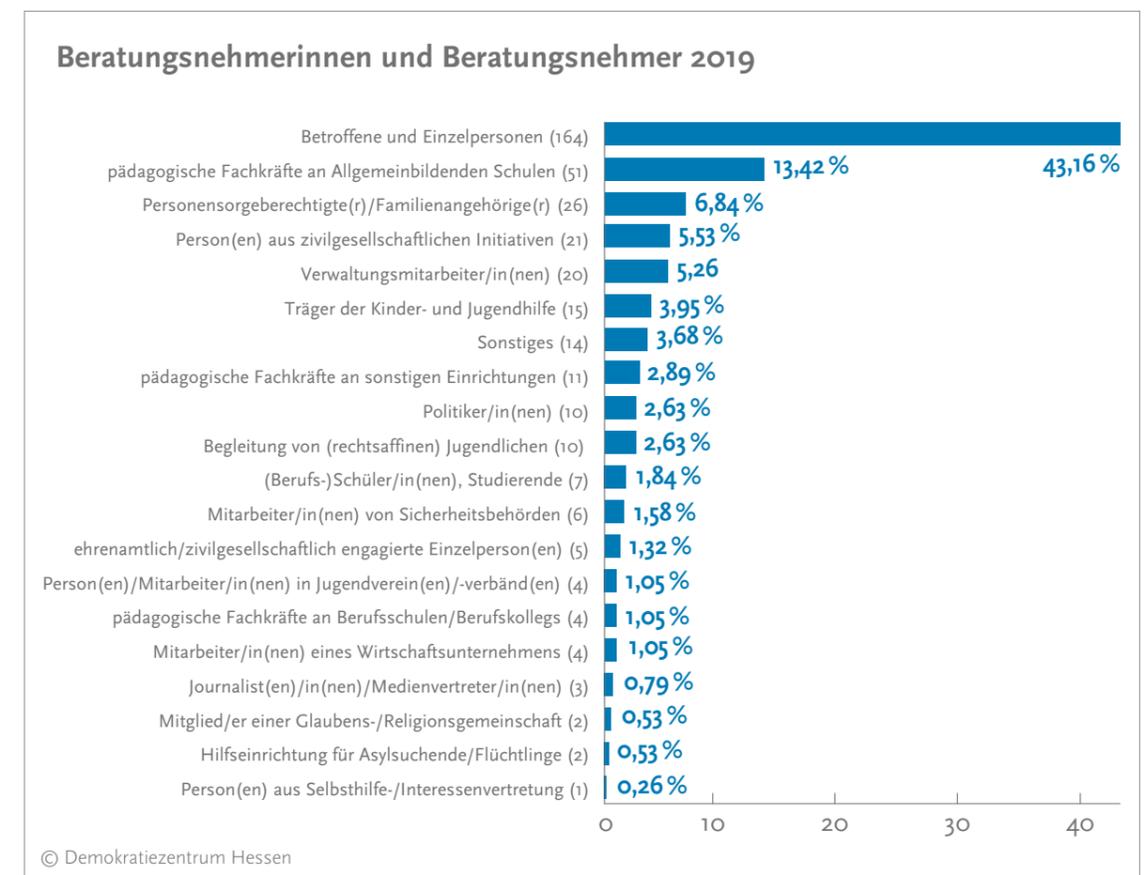


Abbildung 4: Wer wurde beraten? (Mehrfachnennungen möglich; N=380)

Auch die Beratungskontexte werden eigens erhoben, d. h. die Frage, worauf bezog sich die Beratung überwiegend? Neben einer stark ausgeprägten Kategorie „Sonstiges“ (19,87 %) mit Beratungsfällen, die in der vorgesehenen Weise nicht zuzuordnen waren, sind nach wie vor die Allgemeinbildenden Schulen (21,89 %) und der soziale Nahraum (Stadtteil, Quartier usw.) sowie die kommunale Politik bzw. Verwaltung

(zusammen 18,18 %) die am häufigsten genannten Beratungskontexte. Bemerkenswert ist ein Anstieg der Beratungsanfragen aus der Arbeitswelt und aus dem Bereich der (Fach)Hochschulen im Vergleich zum Vorjahr. Die folgende Übersicht illustriert die sehr breit gefächerte und heterogene Beratungslandschaft 2019:

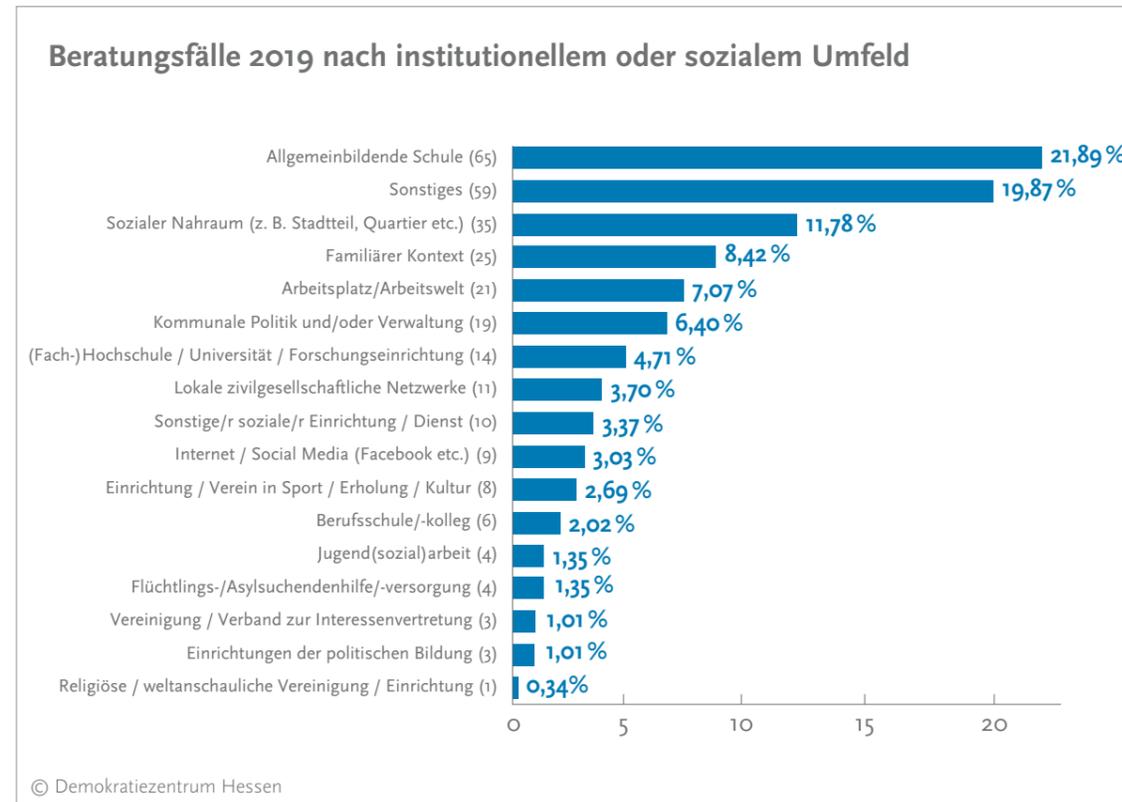


Abbildung 5: Auf welches institutionelle oder soziale Umfeld bezog sich die Beratung überwiegend? (N=297)

3.1.4 Warum wurde eine Beratung gesucht?

Untersucht man die Anlässe für Beratungsanfragen näher, so können mithilfe des Dokumentationssystems zunächst unterschiedliche „Phänomenbereiche“ dargestellt werden, auf die sich die Beratung bezog (hierbei waren Mehrfachnennungen möglich). Es zeigt sich, dass vor allem Vorfälle vor dem Hintergrund von Rassismus/Fremdenfeindlichkeit und

von Rechtsextremismus Anlass waren, warum Menschen 2019 beim Netzwerk um Rat suchten; gefolgt von Beratungsanfragen zu den Phänomenen Rechtspopulismus, Antisemitismus und Einwanderungsfeindlichkeit – das ist die exakt gleiche Reihenfolge wie im Vorjahr:

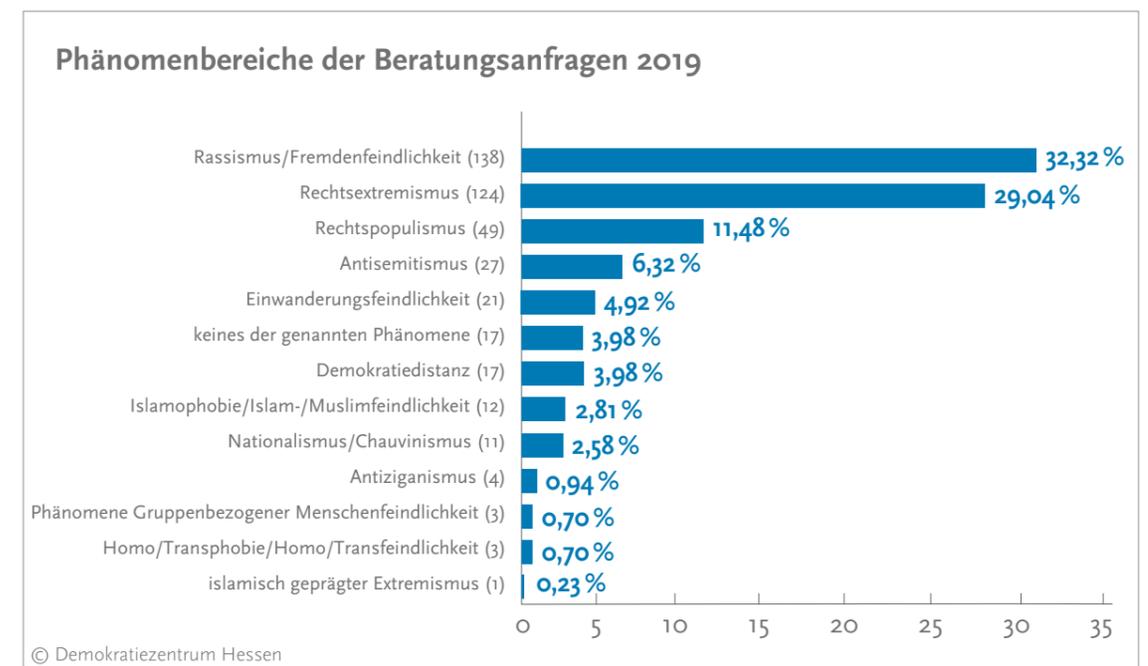


Abbildung 6: Auf welche Phänomene bezog sich 2019 die Beratung? (Mehrfachnennungen möglich; N=427)

Rassismus, Rechtsextremismus und die anderen genannten Phänomene, auf die sich die Beratungen hauptsächlich bezogen, zeigen sich im Alltag auf vielfältige Weise und entsprechend unterschiedlich waren auch die konkreten Themen bzw. Gegenstände, die zu einer Beratungsanfrage führten. Nach wie vor ist „Gewalt und Bedrohung“ mit nunmehr 33,95 % (2018: 27,03 %) der am häufigsten genannte konkrete Beratungsanlass. Das Spektrum reicht hier von Formen physischer Gewalt gegen Personen über verbale Gewalt, Einschüchterungsversuche, Bedrohungen oder Hetze bis zu Gewalt gegen Gegenstände (Sachbeschädigungen). Auf der anderen Seite standen auch Themen zur Frage eines gelingenden gesellschaftlichen Miteinanders im Mittelpunkt von

Beratungen, womit sich der Trend des Vorjahres fortsetzte: 20,69 % (78) der Beratungsfälle – also gut ein Fünftel – bezogen sich 2019 auf das Thema des demokratischen Zusammenlebens (2018: 17,12 % bzw. 57). Es ist eben nicht nur ein „Gegen“, was Menschen vor Ort motiviert, sich eine externe Unterstützung zu suchen, sondern viele Menschen in Hessen treibt auch die Frage um, wie Demokratie vor Ort robuster und erlebbarer gemacht werden kann. Die weiteren Kategorien zur Erfassung von Beratungsanlässen zeigen im Vergleich zum Vorjahr kaum eine Veränderung in ihrer Reihenfolge und in ihrem Ausmaß; sie spiegeln jedoch facettenreich eine große Bandbreite wider, warum Menschen Beratung suchten:

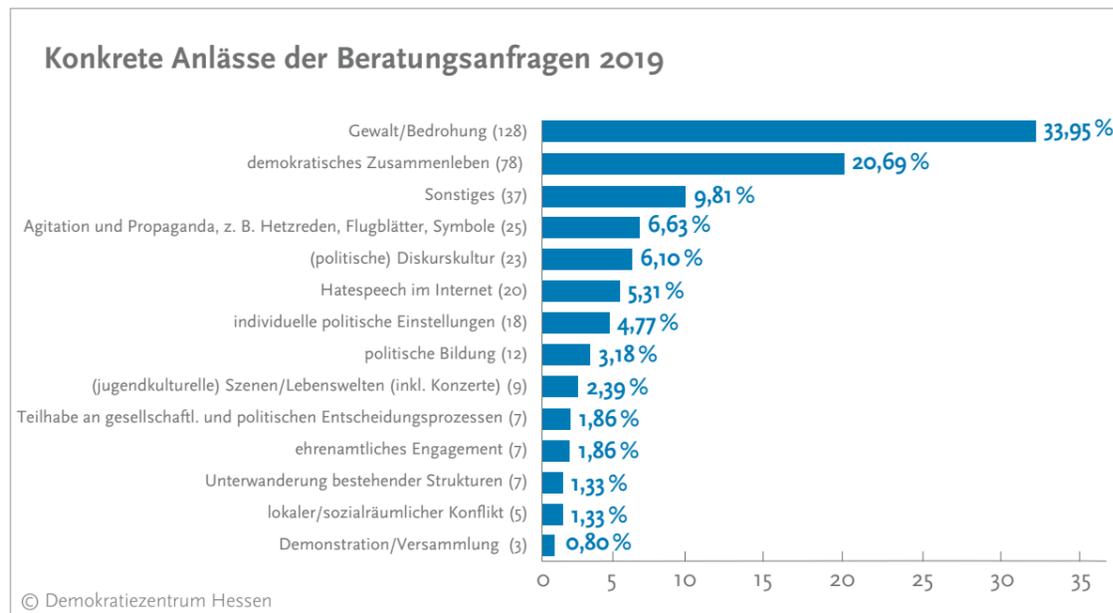


Abb. 7: Was war hauptsächlich Thema/Gegenstand der Beratung? (max. drei Nennungen möglich; N=377)

3.1.5 Breite Palette der Beratungsleistungen

Beratung ist nicht gleich Beratung: Wie auch im Vorjahr wurden die unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen des Netzwerks 2019 standardisiert erfasst, womit eindrücklich illustriert werden kann, wie facettenreich das Spektrum der un-

terschiedlichen eingesetzten Methoden für eine gelingende Beratung ist – vom klassischen Beratungsgespräch über Recherchen, Coachings bis hin zu Organisationsentwicklungsprozessen; siehe folgende Tabelle:

Art der Beratungsleistungen 2019	
Beratungsgespräch	249
Auskunft/Informationsvermittlung	107
Entwicklung von Handlungsstrategien	62
Recherche/Lageeinschätzung	41
Projekt-/Maßnahmeentwicklung	18
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	17
Organisationsentwicklung (z. B. für Bürgerbündnisse/Netzwerke)	17
Coaching	13
Durchführung von Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen (z. B. Vortrag, Fach-/Podiumsgespräch)	10
Krisen-/Konfliktmanagement	9
Verweisberatung	7
Sonstiges	6
(Konflikt-)Moderation	4
Koordination und Vernetzung	4
Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Filmreihe) und Lobbying	3
Reflexion des Beratungs-/Unterstützungsprozesses	1

Tab. 2: Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen und Angebote 2019 (Mehrfachnennungen möglich)

3.2 Bildungs- und Präventionsangebote

Während Beratungen anlassbezogen und prozessorientiert verlaufen, handelt es sich bei Bildungsveranstaltungen oftmals um kurzzeitige und anlassunabhängige Angebote. So kann beispielsweise nach einem rechtsextremen Vorfall an einer Schule ein Fortbildungsworkshop für Lehrerinnen und Lehrer gezielt angefragt werden, die Beratungsteams können aber auch direkt von den unterschiedlichen Zielgruppen für eine Veranstaltung angefragt werden, ohne dass ein konkreter Vorfall Anlass für die Anfrage sein muss. In der Jahresstatistik werden daher sol-

che anlassunabhängigen Anfragen extra erfasst. Neben den nachfolgend aufgeführten, von den Netzwerkteams angebotenen 155 Bildungs- und Präventionsveranstaltungen gab es im vergangenen Jahr noch zusätzlich insgesamt 476 Veranstaltungen von vier weiteren Trägern, die ebenfalls über das Demokratiezentrum Hessen gefördert wurden. Dazu kamen zahlreiche Angebote der 32 hessischen „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd), die hier nicht eigens dargestellt werden.

3.2.1 Anzahl und Formate der Bildungsveranstaltungen

Nachdem im Jahr 2015 explizit auch Bildungs- und Präventionsangeboten in das Aufgabenfeld des Beratungsnetzwerks aufgenommen worden waren, ist deren Anzahl seitdem kontinuierlich gestiegen. Im

vorigen Jahr hat sich die Zahl nochmals auf die Rekordzahl von 155 Maßnahmen erhöht.

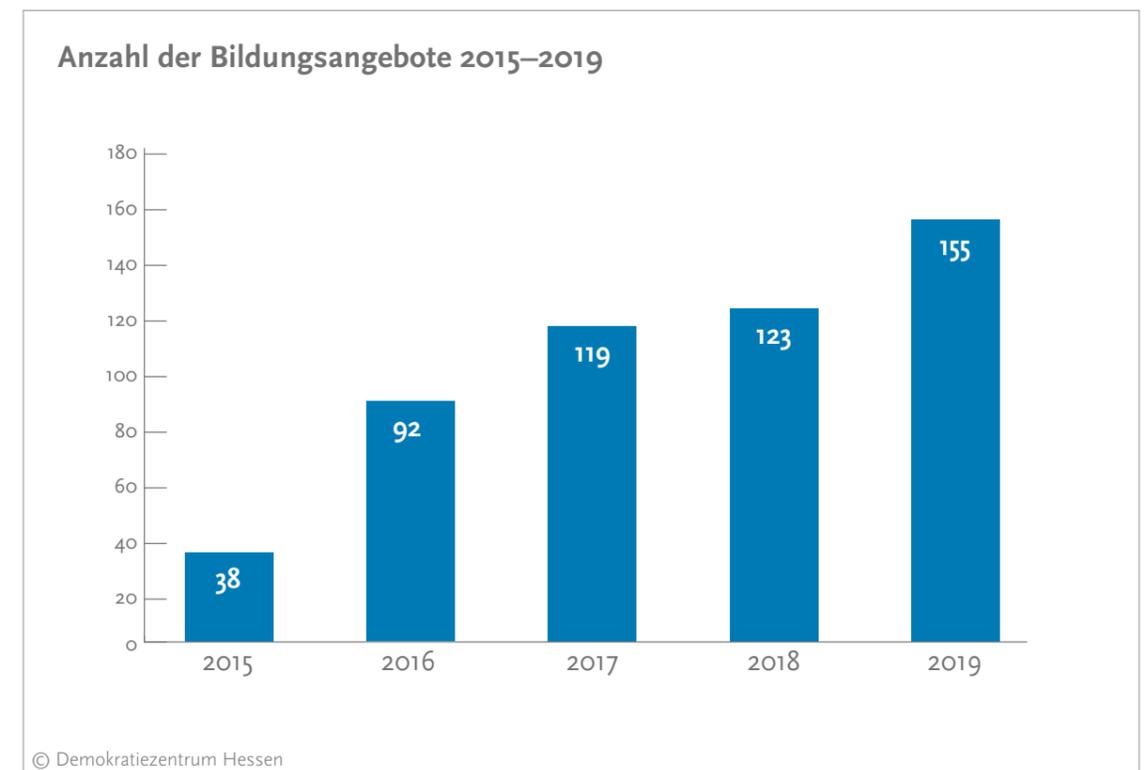


Abbildung 8: Anstieg der Zahl der Bildungsveranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2019

Überwiegend wurden Fortbildungen, Workshops, Trainings und Schulungen durchgeführt (40,20 %), gefolgt von Informationsveranstaltungen, z. B. in Form von Vorträgen und Podiumsgesprächen (18,14 %) und von Formaten der Informationsvermittlung (16,18 %).

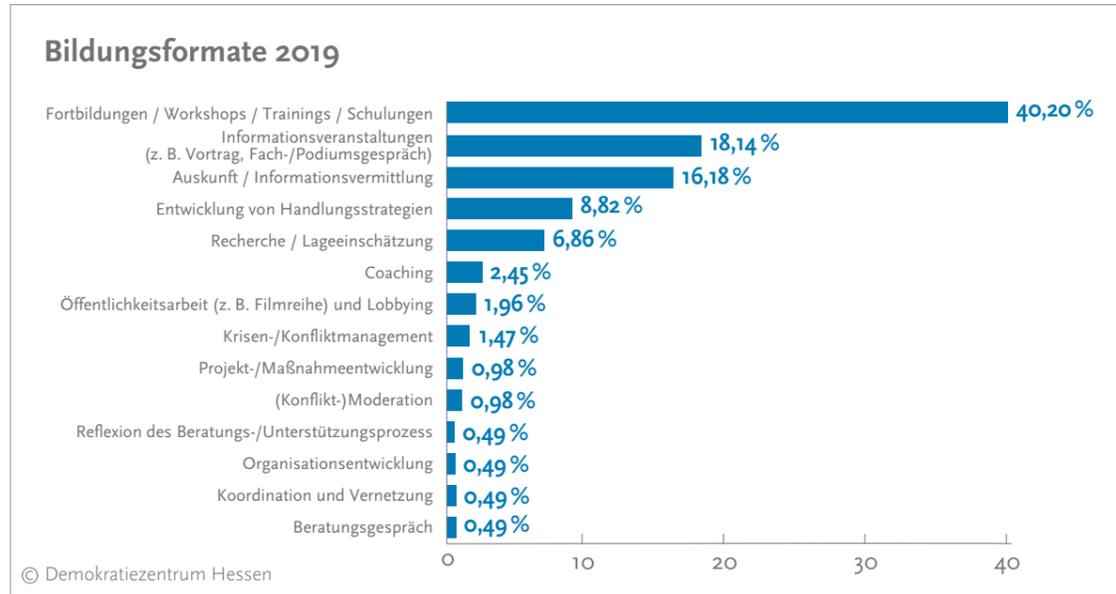


Abbildung 9: Veranstaltungsformate 2019 (Mehrfachnennungen möglich; N=204)

3.2.2 Themen und Zielgruppen der Bildungsveranstaltungen

Betrachtet man auch hier zunächst die Phänomenbereiche, auf die sich die Bildungs- und Präventionsveranstaltungen bezogen haben, so zeigt sich, dass es 2019 insbesondere die Phänomenbereiche Rechtsextremismus (29,06 %), Rechtspopulismus (22,64 %)

und Rassismus/Fremdenfeindlichkeit (19,62 %) waren, zu denen Bildungs- und Präventionsangebote nachgefragt wurden.

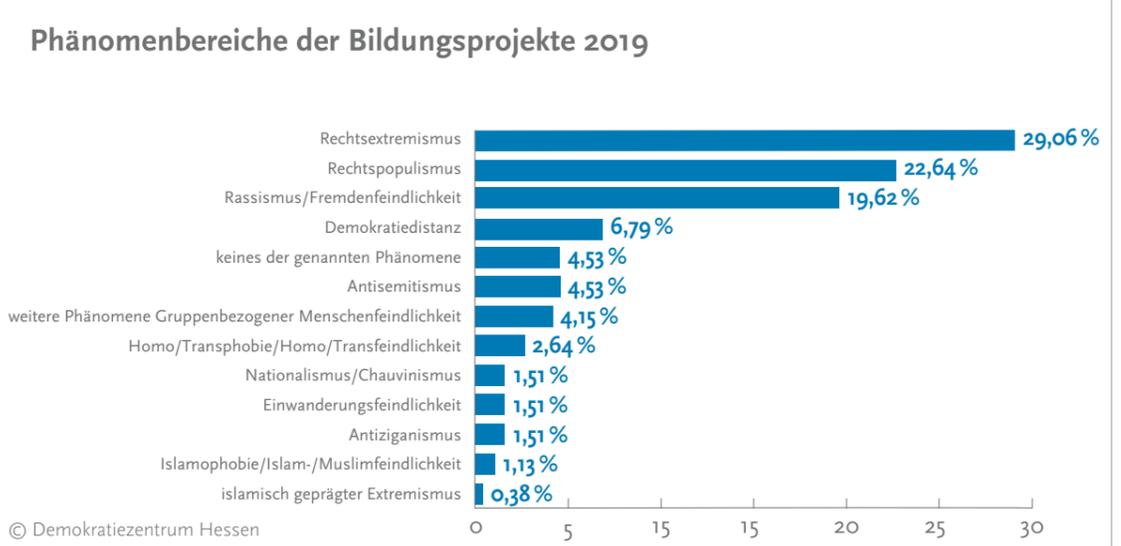


Abbildung 10: Auf welche Phänomene bezogen sich die Bildungsangebote vor allem? (Mehrfachnennungen möglich; N=265)

Innerhalb dieser Phänomenbereiche wurden folgende Themen konkret behandelt: Deutlich an erster Stelle standen, wie auch im Vorjahr, die Themen „demokratisches Zusammenleben“ (27,31 %) und „(politische) Diskurskultur“ (13,66 %). Danach hat sich die Reihenfolge im Vergleich zu 2018 etwas verän-

dert: So wurden stärker Bildungsangebote zum Thema „jugendkulturelle Szenen/Lebenswelten“ (11,45 %) und zu weiterführenden Themen der politischen Bildung (10,13 %) nachgefragt. Ansonsten illustriert die folgende Grafik die thematische Bandbreite der Bildungsangebote:



Abbildung 11: Themen der Bildungsangebote 2019 (Mehrfachnennungen möglich; N=227)

Betrachtet man die Zielgruppen der durchgeführten Bildungsprojekte, so fällt wie im Vorjahr auf, dass die zahlenmäßig besonders stark vertretene Gruppe die der Schülerinnen und Schüler bzw. Studierenden war (18,55 %). Im Vergleich zu 2018 ist die Nachfrage von Personen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen höher gewesen. Weiterhin fällt auf, dass diese Angebote sehr stark von pädagogischen Fachkräften aus

unterschiedlichen Bereichen wahrgenommen wurden: beispielsweise von Mitarbeiter_innen von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (10,08 %) oder von pädagogischen Fachkräften an Allgemeinbildenden Schulen (9,27 %). Darüber hinaus ist das Spektrum der Teilnehmer_innen sehr heterogen, wie die folgende Grafik zeigt:



Abbildung 12: Zielgruppen der Bildungsveranstaltungen 2019 (Mehrfachnennungen möglich; N=245)

3.2.3 Regionale Verteilung nach Landkreisen

Bemerkenswert im Vergleich zum Vorjahr ist die deutlich gestiegene Zahl der Bildungsangebote im Landkreis Fulda (von 3 in 2018 auf 13). Hier zählt sich die langwierige Erschließungsarbeit in der Region aus, die das Team der Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilem Beratungsteam Hessen durchgeführt hat. Die zahlreichen Aktivitäten in Südhessen zeugen von der Sichtbarkeit der Angebote der Regionalstelle Süd, die am „Haus am Maiberg“ in Heppenheim angesiedelt ist, mit alleine 27 Veranstaltungen im Landkreis Bergstraße. Wie auch im Vorjahr 2018

war 2019 die Zahl der Angebote im Landkreis Marburg-Biedenkopf mit 19 Veranstaltungen im Vergleich sehr hoch – mit dem Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg ist dort auch ein lokaler Ankerpunkt für vielfältige Anfragen nach Beratung und Bildung entstanden. Die folgende Landkarte der Bildungs- und Präventionsangebote 2019 zeigt, dass hessenweit nahezu flächendeckend solcherlei Maßnahmen nachgefragt werden – ergänzt durch die zahlreichen Projekte der 32 hessischen „Partnerschaften für Demokratie“:



Abbildung 13: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen nach Landkreisen (absolute Zahlen); 18 Angebote fanden landkreisübergreifend statt, zu 8 Angeboten wurde kein Landkreis zugeordnet.



© Regiestelle „Demokratie leben!“ / Andreas Schickert

Das Demokratiezentrum Hessen und das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ erlebten in den vergangenen fünf Jahren der Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ 2015 – 2019 enorme Entwicklungen: Aufgabenbereiche, Arbeitsaufwand sowie finanzielle Ausstattung weiteten sich stark aus, und das Beratungsnetzwerk ist in die Breite und in die Tiefe gewachsen!

Ein kurzer Rückblick in Stichpunkten:

- Mit Start der neuen Förderperiode kommt 2015 für das Beratungsnetzwerk Hessen neben der klassischen (mobilen) Beratungsarbeit das Feld der Prävention/politische Bildung hinzu, das nach und nach immer mehr ausgebaut wird und zunehmend Gewicht erhält.
- 2015 wird das Mobile Beratungsteam (MBT) gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. in Kassel offiziell Regionalstelle Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen.
- Ab 2015 werden Aktivitäten des Netzwerks und Demokratiezentrum Hessen auch durch das aufgelegte Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert.
- Durch Ereignisse im Zusammenhang mit der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten im Sommer 2015 ergeben sich neue Aufgaben und Beratungsfelder insbesondere in Kommunen und Verwaltungen, die vermehrt Beratungen anfragen.
- Im Sommer 2016 wird die Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen eingerichtet, die im „Haus am Maiberg“, einer Akademie für politische und soziale Bildung, in Heppenheim ansässig ist.
- Im Laufe der Jahre stellen die zunehmende Verlagerung von rechtsextremistischen Aktivitäten und Anwerbungen im Internet und in sozialen Medien neue und immer größer werdende Heraus-

forderungen dar und werden zu einem weiteren Schwerpunkt der Arbeit im Beratungsnetzwerk.

- Im letzten Förderjahr 2019 schließlich werden die konkreten Gefahren des Rechtsextremismus auch in Hessen insbesondere durch den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke und das Attentat auf einen jungen Eritreer in Wächtersbach drastisch deutlich, was zu größerer Sensibilität in der Öffentlichkeit und damit auch zu vermehrten Anfragen und Hilfesuchen ans Netzwerk führt.

Diese Veränderungen und die gesellschaftlichen Entwicklungen spiegeln sich auch in der nüchternen Zahlenstatistik wider: 2015 bearbeitete das Netzwerk in Hessen noch 70 Beratungsfälle, 2016 waren es schon 138, und 2017 gab es 142 Fälle. Im Jahr 2018 stieg die Zahl der Beratungsfälle deutlich auf 248 an, und 2019 wurden 296 Fälle registriert.

Die Präventions- und Bildungsangebote stiegen von 38 (2015), über 92 (2016), 119 (2017) und 123 (2018) auf 155 Maßnahmen in 2019. Somit vervierfachten sich die Zahlen in der vergangenen Förderperiode etwa!

Dabei sind bei den Zahlen der Präventions- und Bildungsangebote zahlreiche Angebote gar nicht berücksichtigt, die von Trägern der politischen Bildung durchgeführt wurden, die ebenfalls über das Demokratiezentrum Hessen gefördert werden. Allein im letzten Jahr 2019 waren dies 476 Veranstaltungen. Dazu kommen die mannigfachen Angebote der zurzeit 32 hessischen „Partnerschaften für Demokratie“ (PFD).

In den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sind erfreulicherweise aber auch die Fördergelder, die Bund und Land für diese Arbeit zur Verfügung stellen.

All das zeigt, dass den Themen „Hilfe und Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ und „Demokratieförderung“ in Hessen auch künftig erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden muss und eine Verstärkung der Arbeit sowie eine dauerhaft sichere Förderung dringend wünschenswert ist.

4. KURZ-BILANZ DER FÖRDERPERIODE 2015 – 2019 IM BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

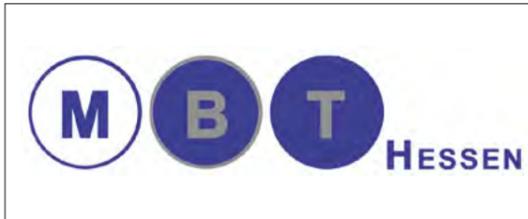
Demokratie **leben!**

5. AUS DER PRAXIS

Das folgende Kapitel gibt exemplarisch Einblick in die Arbeit von Netzwerkmitgliedern und -partnern vor Ort und beleuchtet die Aktivitäten im Jahr 2019 aus einem jeweils spezifischen, subjektiven Blick. Die Berichte stellen die konkrete Sicht aus der All-

tagspraxis in den Vordergrund und geben einen anschaulichen Eindruck von der Vielfalt der täglichen Arbeit vieler engagierter Menschen vor Ort in Hessen für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

5.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstelle Ost-/Nordhessen des Beratungsnetzwerks Hessen



Nordhessen mit Händen zu greifen und hat eine völlig andere Dimension, als 2011, als herauskam, dass Halit Yozgat von Neonazis des NSU im Jahr 2006 ermordet worden war. Viele fragen sich, ob man genug getan hat bzw. was man jetzt gegen Gefahren von Rechtsaußen tun kann. Aber natürlich wurde und wird die bisherige Beratungsarbeit fortgesetzt.

Das Jahr 2019 war in Nordhessen vor allem geprägt durch die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019. Zum einen zeigte sich die Notwendigkeit nach Recherche und Dokumentation extrem rechter Einzelpersonen und Strukturen in der Region. Dies ist in den letzten Jahren schwieriger geworden, da sich dieser Personenkreis zunehmend in nichtöffentlichen Plattformen austauscht und organisiert. Zum anderen führte die große Betroffenheit in Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft nicht nur zu zwei sehr großen Demonstrationen in Kassel mit jeweils weit über 10.000 Teilnehmer_innen, sondern auch zu einem erhöhten Informations- und Beratungsbedarf beim Kasseler Mobiles Beratungsteam (MBT) Hessen als Regionalstelle Ost-/Nordhessen des Demokratieforums bzw. Beratungsnetzwerks Hessen.

Neue Entwicklungen waren zu verzeichnen, etwa neue Immobilien, die sowohl von Neonazis als auch von esoterischen Siedlern bezogen wurden und lokal Strahlkraft haben. Es wurden vermehrt rechtsextreme Schmierereien in ganz Nord- und Osthessen gemeldet, was auch damit zu tun haben könnte, dass die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft gestiegen ist. Auffällig waren auch vermehrte rechtsextreme Inhalte in Social-Media-Plattformen wie etwa in Whatsapp-Gruppen und Telegram und dementsprechender Aufklärungsbedarf; viele Anfragen nach dem Umgang damit wurden an das MBT von Lehrer_innen und Schulleitungen herangetragen.

Die Erschließung Ost Hessens schreitet voran, inzwischen ist der Bekanntheitsgrad der Regionalstelle in der Stadt Fulda sehr gut, allerdings im Landkreis immer noch ausbaufähig.

Es wandten sich neue Gruppen und Einzelpersonen an das MBT, Veranstaltungen, an denen Mitarbeiter_innen des MBT teilnahmen, waren sehr gut besucht. Thematisch ging es dabei vor allem um Einschätzungen zur extrem rechten Szene in Nordhessen. In den Wochen nach dem Mord an Dr. Lübcke war die Expertise des MBT in der Zivilgesellschaft vor Ort wie auch bei nationalen und internationalen Medien gefragt. Diese Ausnahmesituation brachte die Mitarbeiter_innen an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit.

Wie in den Vorjahren besteht nach wie vor hoher Bedarf nach Argumentationsstrategien gegen menschenfeindliche Aussagen. Dabei rät das MBT aber eher zu aktiver Entwicklung eigener Standpunkte und Durchführung von Projekten zum Wohl aller, anstatt nur auf menschenfeindliche Positionen und Äußerungen zu reagieren.

Seit den Ereignissen des Sommers 2019 ist eine hohe Betroffenheit in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in

Erarbeitet wurde vom MBT im vorigen Jahr auch eine geänderte Neuauflage der Broschüre „Neue Nachbarn. Rechtspopulismus in Hessen“, in der u. a. kommunale zivilgesellschaftliche Bündnisse von ihrer Arbeit berich-

ten, die in den letzten Jahren verstärkt negativ durch das Aufkommen und die lokale Präsenz der AfD geprägt war. Bedauerlicherweise konnte die Broschüre erneut nicht vom Innenministerium finanziell gefördert werden aufgrund der weiter bestehenden offenen Frage zum sogenannten „Neutralitätsgebot“, die nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene nach wie vor ungelöst ist. Die Publikation ist aber online auf der Website des MBT abrufbar.

Für das Jahr 2020 wurde eine zweite Regionalkonferenz Nord- und Osthessen geplant, wo sich Engagierte aus der Region austauschen und sich gegenseitig kennenlernen können. Des Weiteren hat das MBT ein Angebot zur Demokratiestärkung in Kommunen auf dem Land entwickelt, was in der Region bekannt gemacht werden soll.

Internet: <http://www.mbt-hessen.org/>

Christopher Vogel, MBT Kassel, Regionalstelle Ost-/Nordhessen des Beratungsnetzwerks Hessen



Zivilgesellschaft nimmt Stellung: Proteste gegen den Landesparteitag der AfD in Neuhof bei Fulda.
Foto: MBT Kassel

5.2 Haus am Maiberg: Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen



Die Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks bzw. Demokratiezentrum Hessen ist in Heppenheim im Haus am Maiberg angesiedelt, einer Akademie für soziale und politische Bildung. Zu den Aufgaben zählen Mobile Beratung in Südhessen ebenso wie Angebote zur Politischen Bildung und Demokratieförderung für das ganze Bundesland. Das Curriculum umfasst das Themenfeld Diskriminierung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

und Rechtsextremismus. Eingespielte Workshopformate wie z. B. Argumentations-Trainings zählen ebenso dazu wie eine Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma Hessen. Workshops und Vorträge zu den Themen „Ehrenkulturen“, extrem-rechte Siedlungsbewegungen und Lebenswelten rechtsextremer Jugendlicher, Medienkompetenz und Umgang mit Desinformation und Geschlechterrollen zählten 2019 unter anderem zum Angebotsportfolio der Regionalstelle Süd.

Besondere Relevanz hat immer noch das Internet und die Auseinandersetzung mit Hate-Speech sowie Desinformation. Die „sozialen Netzwerke“ wie Facebook, aber auch Messenger-Dienste stehen hier im Fokus. Konkrete Hilfe und Strategien im Umgang mit diskriminierendem Verhalten im Cyberspace suchen vor allem Personen aus pädagogischen Kontexten wie Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen.

Ein Spezifikum der Regionalstelle Süd resultiert aus der Trägerschaft. Das Haus am Maiberg ist in der Politischen Bildung verwurzelt. Mobile Beratung und Politische Bildung finden hier seit 2016 parallel unter einem Dach statt. Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede beide Disziplinen haben, wurde im Rahmen eines Fachgesprächs am 27./28. Mai 2019 erörtert. Veranstalter waren der Bundesverband Mobile Beratung, die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung und der Bundesausschuss Politische Bildung. Stichworte dazu sind nicht nur die Inhalte, sondern auch Programmlogik. Das Fachgespräch bildete den Auftakt für eine Debatte verschiedener Akteure beider Felder, die 2020 ff. fortgeführt

werden wird. Ziel des Austauschs ist die gegenseitige Befruchtung in Methodik und bei Qualitätsstandards.

Eine kontinuierliche Aufgabe ist die der Öffentlichkeitsarbeit. Um die Angebote der Regionalstelle Süd, insbesondere die Mobile Beratung, bekannter zu machen, wollen wir unsere Angebote „ins Feld“ tragen. Das heißt, dass rund um das Thema Demokratie und gesellschaftliches Zusammenleben an verschiedenen Orten Angebote zur Politischen Bildung entstehen sollen. In der Kooperation mit ansässigen Volkshochschulen suchen wir Zugang zu neuen Zielgruppen insbesondere im ländlichen Raum.

Gegenstand der Mobilen Beratung waren Fälle, die durchaus in das gesamtgesellschaftliche Klima eingeordnet werden können. Die leichtfertige Verbreitung von diskriminierenden Memes im Arbeitskontext oder die gezielte Anfeindung einer Familie mit Migrationshintergrund sind nur zwei Beispiele dafür.

Aus dem Beratungskontext leitet sich die Hypothese ab, dass Beratungsanlässe neben Ideologien der Ungleichwertigkeit oft von der „sozialen Frage“ tangiert werden und davon, welches Bild „die“ Politik und „der“ Staat im Leben „ihrer“ Gesellschaft in der Lage sind zu vermitteln.

Internet: <https://www.haus-am-maiberg.de/akademie/#arbeitsbereiche>

Michael Gerhardt, Haus am Maiberg, Heppenheim, Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen



Infomaterialien an einem Stand der Regionalstelle Süd während einer Veranstaltung.
Foto: Regionalstelle Süd

5.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt

response

Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt

Ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank

Antisemitische Beleidigungen gegen eine Schulklasse, Anschlagserie auf linke Projekte im Rhein-Main-Gebiet, antimuslimischer Angriff auf schwangere Frau in Frankfurt, Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke in Kassel oder rassistischer Angriff auf einen Eritreer in Wächtersbach – das sind nur einige Vorfälle im Jahr 2019, die weiterhin eine besorgniserregende Entwicklung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, ihr Ausmaß und Gefahrenpotenzial in Hessen deutlich machen.

2019 begleitete „response“ 134 neue Beratungsfälle. Gegenüber dem Vorjahr mit 102 Anfragen ist das eine Steigerung um 30 %. 40 dieser Fälle waren zum Stichtag (29.2.2020) noch nicht abgeschlossen – in diesen Fällen dauert der Beratungsprozess weiterhin an.

In rund zwei Drittel der Beratungsfälle (66 %) waren Rassismuserfahrungen das zentrale Thema, in etwa einem Viertel (24%) war es Rechtsextremismus. In den restlichen Fällen war Antisemitismus Grund für die Beratung.

Räumlich kamen die meisten Beratungsanfragen aus Frankfurt (37 %), gefolgt von Kassel (12 %) und Fulda (10 %). Weitere Anfragen stammten aus dem ländlichen Raum hessenweit. Betroffene berichten von Einschüchterungen, Bedrohungen und/oder körperlichen Angriffen sowie von vielfältiger und wiederholter rassistischer und/oder antisemitischer Gewalt, die sich durch weite Teile ihrer Biografie zieht. Einen konkreten Einblick in Beratungsarbeit von „response“ findet man in Olivia Sarma, „Mit Kompetenz und Mitgefühl“ -Beratungsnehmer*innen berichten über ihre Erfahrungen bei response und ADiB, in Other Stories 2019/2020, S. 42 ff. (https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Publikationen/Other_Stories_Ausgabe_5_2019.pdf).

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit greifen wir u. a. in Form von Pressemitteilungen und -artikeln in die öffentlichen Diskurse über rechter und rassistischer Gewalt ein und stärken die Betroffenenperspektive. Im November 2019 fand eine Lesung mit dem Rechtsextremismusex-

perten Matthias Quent statt: Im Staatstheater Kassel las er aus seiner aktuellen Publikation „Deutschland rechts außen“. Die Veranstaltung in Kooperation mit dem Mobilien Beratungsteam (MBT) Kassel stieß mit über 100 Besucher*innen auf große Resonanz.

Im Bereich Monitoring registrierte „response“ hessenweit 209 rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle mit Betroffenen, davon 37 Gewaltvorfälle.

Zur Dokumentation rechter und rassistischer Gewaltvorfälle aus Betroffenen- und zivilgesellschaftlicher Perspektive wurde im vorigen Jahr die Online-Meldestelle „Hessen schaut hin“ in Zusammenarbeit mit dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e. V.) sowie in engem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Frankfurt und Kassel entwickelt. Letztere wurden in gemeinsamen Fokusgruppentreffen einbezogen, in denen Bedarfe ermittelt wurden. Online ging die neue Plattform <https://hessenschauthin.de> dann Anfang 2020. Parallel dazu wurde eine Begleitkampagne zur Bekanntmachung der Meldestelle konzeptionell entwickelt. Mit der fortlaufenden Dokumentation (Monitoring) und der Auswertung der online gemeldeten Fälle möchten wir zur Sichtbarmachung des Ausmaßes rechter Gewalt in Hessen beitragen.

Internet: <https://response-hessen.de>

Infos zur Kampagne „Hessen schaut hin“:

<https://hessenschauthin.de/>

Justyna Staszczak, „response. – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ der Bildungsstätte Anne Frank, Zweigstelle Nord- und Osthessen, Kassel



Plakat zur neuen „response“-Meldestelle „Hessen schaut hin“.

Foto: © response

5.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus



Auch 2019 konnte die Reichweite der Angebote der „Roten Linie“ nach dem Anfrageboom der letzten Jahre auf hohem Niveau gehalten werden. Die landesweite Ausrichtung blieb erhalten, und die angestrebte regionale Schwerpunktbildung in Mittelhessen wurde umgesetzt. Im Bereich der Distanzierungshilfen (Beratung, Coaching, Einzelfallhilfen) war die „Rote Linie“ 2019 in 51 Fällen (+ 2 zum Vorjahr) aktiv.

Beratung / Coaching

Auch 2019 wurden unserer Zielstellung entsprechend Zielgruppen adressiert, die in ihrem Alltag Kontakt zu Jugendlichen mit rechtsextremen Affinitäten oder Bezügen haben. Erreicht wurden v. a. Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen an allgemeinbildenden und Berufsschulen, Eltern und Angehörige, Fachkräfte der Jugendhilfe und auch der Justiz (Bewährungshilfe) sowie Personen aus Initiativen, Vereinen und Verbänden, aus Ämtern oder auch Betrieben. Wir nehmen hier zum einen eine hohe Verantwortlichkeit wahr, zum anderen aber auch – insbesondere an Schulen und in der Jugendarbeit – massive Unsicherheiten und z. T. affektive Ablehnungshaltungen, die dazu führen, dass fachliche Haltungen nicht eingenommen werden. Anders ausgedrückt: Die Ansprache und Offenheit gegenüber Jugendlichen, die sich rechtsextrem inszenieren, ist dort erschwert, wo im Gegeneinander von Wertvorstellungen zugleich die ganze Person abgelehnt wird, sodass der Pädagogik bisweilen ihre auf Entwicklungsförderung gerichtete Perspektive aus dem Fokus gerät und Chancen für eine Unterstützung und Förderung auch im pädagogischen Feld z. T. nicht gesucht werden. Zugleich belegt die hohe Nachfrage eine große Aufgeschlossenheit, sich neue Perspektiven zu erarbeiten.

Auch der direkte Kontakt zu rechtsaffinen jungen Menschen wurde 2019 gesucht und gefunden, im Rahmen von Einzelfallhilfen mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen gearbeitet. Hier stellt sich für die Zukunft die Auf-

gabe, stärker als bisher sozialräumliche Ansätze und angemessene Formen für Zielgruppen, die bislang eher nicht adressiert wurden, zu entwickeln.

Soziale Medien und Hate Speech

Die Thematik „Hate Speech/Soziale Medien“ ist gerade an Schulen ein häufiger Anlass für Beratung und für Veranstaltungen. Jugendliche posten in die WhatsApp-Gruppe der Klasse verbotene Symbole, diskriminierende Anfeindungen oder rechtsextreme Botschaften, bedrohen Mitschüler*innen und laden sie auf rechtsextreme Seiten ein oder veröffentlichen Fotos vom Lehrkräften mit Hitlerbärten. Dies hat sich zu einem flächendeckenden Phänomen entwickelt. In diesem Themenfeld ging es 2019 weniger um die grundlegende Sensibilisierung von Erwachsenen, sondern stärker um Fragen der Medienkompetenz von Schüler*innen, den kompetenten Umgang mit entsprechenden Äußerungen und ggfs. der Aufarbeitung im Einzel- und Klassenkontext.

Seminare und Fortbildungen

2019 wurden im Bildungsbereich 59 Veranstaltungen (Fortbildungen, Workshops, Vorträge etc.) (- 3 zum Vorjahr) durchgeführt. Dabei erwies sich der Bereich Hate-Speech/(Cyber-)Mobbing als gefragtester Themenbereich; Hauptzielgruppe waren erneut pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Multiplikatoren und Schüler*innen. Highlight des Jahres war eine dreitägige Fortbildung für Fachkräfte der Bewährungshilfe, in der es neben Rechtsextremismus um biografische Verläufe und v. a. um die Frage des ermöglichenden Zugangs und der motivierenden Gesprächsführung ging. Perspektivisch werden die Formate sich noch stärker an Erwachsene richten und zwar mit Fragen der Haltung, der Beziehung und der Kommunikation (in Familien, Schulen, vor Ort, in Medien), um eine fördernde und kritische Perspektive auf junge Menschen im Prozess der Welt- und Werteaneignung in einer spannungsgeladenen gesellschaftlichen Situation zu befördern.

Internet: <http://rote-linie.net/>

Torsten Niebling, „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

5.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie



Der Verein „Jetzt! e. V.“ wurde 2017 von freiberuflich tätigen Beraterinnen und Beratern, die nicht in die Organisation eines Trägers eingebunden sind, gegründet und ist seit 2018 auch offiziell Mitglied des Beratungsnetzwerks Hessen. Die meisten Mitglieder des Vereins „Jetzt!“ kennen das Beratungsnetzwerk Hessen seit vielen Jahren und sind für alle Themen der mobilen Beratung wichtige und kompetente Ansprechpartner, die vor allem in Mittel- und Südhessen aktiv sind.

Im Jahr 2019 führten wir Beraterinnen und Berater von „Jetzt! e. V.“ unsere Beratungsarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum fort. Wir boten mobile Beratung für Einzelpersonen, Ehrenamtliche, Bündnisse, Kommunen, Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen und andere interessierte Organisationen an. Die Themen der Beratungen reichten von der Frage zum Umgang mit rechtsextremen/rechtspopulistischen Vorfällen und Äußerungen über das Coaching von Leitungspersonen in Bildungseinrichtungen bis hin zur Leitbildentwicklung von Organisationen.

Nach wie vor setzte sich der Trend fort, dass vermehrt die Leiter_innen von Organisationen die Beratung in Auftrag geben, die die Kultur und das Klima in ihrer Organisation proaktiv gestalten möchten.

Die fortschreitende Verrohung der Sprache im politischen Diskurs und die hieraus resultierende sinkende Hemmschwelle hin zu rechtsextremem und rassistischer Gewalt stellte die übergeordnete gesellschaftliche Ausgangslage dar. Der Mord in Kassel und der Anschlag in Wächtersbach verdeutlichen dies. Dies führte zu konflikthafter Situationen, in denen sowohl die Betroffenen als auch die vor Ort zuständigen Ansprechpartner_innen ratlos reagierten. Um die Konflikte vor Ort selbstständig und den lokalen Bedingungen angemessen bewältigen zu können, war eine externe Fachberatung notwendig.

Folgende Beratungsanlässe waren der Schwerpunkt in unseren Beratungen im Jahr 2019:

- rechtsextreme und rassistische Gewalt
- wiederholtes rassistisches Verhalten oder Äußerungen
- Aktivitäten rechtsaffiner Jugendlicher oder Gruppen
- Aktivitäten des organisierten Rechtsextremismus, rechte Agitation und Propaganda
- Hate Speech im Internet
- Themen des demokratischen Zusammenlebens
- Themen der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen.

Als neue Herausforderung zeigte sich die Beratung von Kommunen und Kommunalverwaltungen, in denen Mitarbeiter_innen und Politiker_innen bedroht werden. Bedrohungen von kommunalpolitisch Verantwortlichen bedeuten eine Gefährdung der Demokratie in der Kommune. Dabei besteht aus unserer Sicht folgender Handlungsbedarf:

- angemessene Problemlösungsstrategien mit den Akteuren gemeinsam erarbeiten, die individuelle Schutzkonzepte enthalten
- eine konkrete Einschätzung zu subjektiven Gefährdungsempfinden, mögliche Handlungsoptionen und ihre Konsequenzen entwickeln
- Hilfe zur Selbsthilfe/Empowerment und Qualifizierung von Institutionen ermöglichen
- eine konkrete Abschätzung von Gefährdungslagen durch Sicherheitsgespräche mit örtlicher Polizei oder Staatsschutz ermöglichen
- Beratung zur Moderation und Durchführung von Veranstaltungen
- Vermittlung von Deeskalationsstrategien, um rassistische und populistische Konflikte zu entschärfen
- prozessorientierte Begleitung sozialräumlicher Handlungsstrategien sowie Strategieberatung im Umgang mit rechtsextremen Personen und Parteien

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, sind neue Formate der Beratung nötig, die wir gemeinsam mit weiteren Trägern der mobilen Beratung entwickeln. Dies wird eine Aufgabe für das Jahr 2020 sein.

Silke Sauer, „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie

5.6 Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Hessen – Projekt in der Trägerschaft des Hessischen Jugendrings



Für das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) war das Jahr 2019 insbesondere geprägt von einer umfangreichen Erneuerung unserer Bildungskonzepte. Alle zwei Jahre werden diese Konzepte komplett überarbeitet, um inhaltlich und methodisch aktuell zu bleiben und das Feedback der vergangenen Jahre mitaufzunehmen. Dafür treffen sich Teamende aus dem ganzen Bundesgebiet, um eine Woche lang in einem moderierten Prozess jede Methode, jeden Inhalt und jedes Ziel auf den Prüfstand zu stellen: Was hat daran bisher gut funktioniert, was nicht? Welche Themen sind bei Jugendlichen derzeit präsent, und wie greifen wir sie am besten auf? Worauf wollen wir zukünftig besonders stark fokussieren?

Dafür werden die Auswertungen der vergangenen Bildungsangebote analysiert, das Feedback der Teilnehmenden miteinbezogen und aktuelle Debatten ausgewertet.

Die Konzepte werden dann umgeschrieben und folglich auch die Bildungsmaterialien (Methodenanleitungen, Schaubilder, Fotos, Zitattafeln, etc.) erneuert, mit denen wir arbeiten.

In Hessen bedeutete das konkret, dass 17 Materialkoffer, die sich auf die Standorte Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt, Marburg und Kassel verteilen, aktualisiert wurden. Daran haben einige Teamende über mehrere Wochen hinweg mit Schneidemaschinen, Laminiergeräten und viel Ausdauer gearbeitet. In zwei zweitägigen Veranstaltungen wurden die neuen Konzepte dann an über 60 Teamende in Hessen transferiert.

Eine weitere Neuerung war, dass wir in Hessen ein neues Projekttag-Konzept zum Thema Antisemitismus einführen konnten. Es wurde aus Sachsen-Anhalt übernommen, wo schon gute Erfahrungen damit gemacht wurden. Ende 2019 wurden in einer Teamschulung 14 neue Teamende in einer viertägigen Schulung darin ausgebildet, Projekttag zum Thema für Jugendliche ab der 9. Klasse umzusetzen.

Die ersten Projekttag sind bereits gelaufen; in 2020 und den Folgejahren möchten wir das Thema gerne weiter stärken und ausbauen.



Foto: © www.netzwerk-courage.de

Von unseren Bildungsangeboten wurde im Jahr 2019 am häufigsten ein Projekttag für Jugendliche ab der 8. Klasse gebucht, der sich mit Vorurteilen und Rassismus auseinandersetzt, sowie ein Projekttag für die gleiche Altersgruppe, in dem rechte Ideologie, reaktionäre Strömungen und Neonazismus im Fokus liegen. Hier ist der Bedarf von Schulen und anderen Organisationen – entsprechend der gesellschaftlichen Situation – nach Hilfestellung, Beratung und Prävention besonders hoch.

Internet:

➔ <https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>

Julia Müller, Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Hessen

5.7 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)

Zusammenleben neu gestalten

Angebote für das plurale Gemeinwesen
Prozessbegleitung · Impulse · Reflexionen

„Ein guter Dialog braucht einen angstfreien Raum, um miteinander sprechen zu können“, „Gegenseitige Achtung, Offenheit und das Verständnis für den anderen“ – mit diesen im stummen Gespräch auf Plakatpapier platzierten Statements beginnt der dialogische Prozess zwischen haupt- und ehrenamtlich Tätigen eines Stadtteils und Kommunalpolitiker*innen des gesamten Stadtgebiets. Diese zeigen sich überrascht von der freundlichen und von Wertschätzung getragenen Gesprächsatmosphäre. Sie hatten anklagende, kämpferische Reden erwartet, weniger eine Begegnung auf Augenhöhe und einen konstruktiven Willen, gemeinsam an Problemen zu arbeiten. Dieser Abend, an dem sich rund dreißig Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und Positionen begegnen konnten, markiert einen Höhepunkt der nunmehr mehrjährigen Begleitung der Stadtteilgruppe, die wiederkehrend unter Anfeindungen und Diskursen der Infragestellung der Würde aller vor Ort lebender Menschen leidet. Die die Teilhabe und Selbstwirksamkeit fördernde methodische Herangehensweise in verschiedenen Beratungsrunden, Workshops und moderierten Begegnungen hat die Kommunikation und das Selbstvertrauen der Teilnehmenden stärken können.

Der Wunsch nach Stärkung demokratischer Haltungen, Auseinandersetzung und Vergewisserung im Team, der Gemeinde, der Institution oder des Vereins stand in vielen Beratungsanfragen in 2019 im Mittelpunkt. Hinzu kamen verstärkt Anfragen, die Diskursverschiebungen und daraus resultierende Wirkungen auf das Zusammenleben wahrnahmen und nach Unterstützung bei der Entwicklung betroffenenensibler und ein solidarisches Miteinander stärkender Handlungsoptionen fragten.

Workshops, die die Entwicklung von Handlungsstrategien im Umgang mit antisemitischen und rassistischen Übergriffen im öffentlichen Raum thematisieren, wurden im vorigen Jahr – aus konkreten Anlässen – erstmals an verschiedenen Stellen angeboten. So konnten über die konkrete Intervention hinausgehende, gemeinwesenorientierte Auseinandersetzungen mit Rassismus und Antisemitismus angeregt werden.

Die Angebote des Projekts „Zusammenleben neu gestalten“ wurden auch in 2019 gut angenommen, Tendenz leicht steigend: In 2019 wurden von dem dreiköpfigen Team sechs bestehende Prozessbegleitungen fortgesetzt, 21 neue Prozessbegleitungen begonnen und 15 Präventionsprojekte umgesetzt.

Die gleichermaßen heterogenitätssensible wie menschenrechtsbasierte Ausrichtung des Fortbildungs- und Beratungsansatzes wurde vielerorts als stärkend erlebt. Verbände entschieden, Leitbilder daran auszurichten, einige pädagogische Einrichtungen ließen sich auflängerfristige



Ausschnitt einer Ergebnistafel bei einer Veranstaltung des DeGeDe-Teams.
Foto: „Projekt Zusammenleben neu gestalten“

Begleitungen ein, in denen der Gefahr der Bagatellisierung von Rassismus, Antisemitismus und LGBT-Feindlichkeit entgegengewirkt werden konnte (Anm. de Redaktion: „LGBT“ ist eine aus dem englischen Sprachraum kommende Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender, also Lesbisch, Schwul, Bisexuell und Transgender). Gleichzeitig sind Gewöhnungseffekte an die Würde verletzende Sprechens und das offene Infragestellen der Universalität der Menschenrechte in vielen (Fortbildungs- und Beratungs-)Settings spürbar und stellen eine Herausforderung dar.

Darüber hinaus sind Verunsicherungen bei Beratungnehmenden durch das zunehmende Bekanntwerden schwer aufzuklärender rechtsterroristischer Strukturen spürbar. Dies kann sich auch an Stellen zeigen, in denen Menschen aus Interesse an demokratiefördernden

Programmen in Kitas und Schule zusammenkommen und sich öffnen können, um über Wahrnehmungen, Ängste und Sorgen zu sprechen. Entsprechend achtsame und gleichermaßen stärkende (Gesprächs)Räume zu öffnen und zu etablieren kann eine zentrale Bemühung in den kommenden Monaten sein, in denen das Team „Zusammenleben neu gestalten“ gemeinsam mit in den letzten Jahren gewachsenen Kooperationen in kommunalen Räumen Akzente setzen möchte.

Internet: <https://www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>

Christa Kaletsch, Manuel Glittenberg, Stefan Rech,
DeGeDe-Team des Projekts
„Zusammenleben neu gestalten“

5.8 Die Kopiloten e. V.: Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen



Im Projekt „#hatebreach – Hass im Netz begegnen“ arbeiten wir bereits seit 2017 im Themenfeld Hate Speech mit dem Ziel der Unterstützung und der Stärkung digital aufgestellter Zivilgesellschaft. Insbesondere Jugendliche, die einen großen Teil ihrer Zeit online verbringen, nehmen den Hass in Kommentarspalten und Foren wahr und ziehen sich aus digital geführten Debatten aus Angst vor Hate Speech zurück (Campact 2019). Dieser Entwicklung wollen wir im öffentlichen Raum – dem Internet – entschieden entgegenreten und Menschen u. a. Handlungsoptionen aufzeigen, wenn ihnen Hasskommentare begegnen.

Eine der größten politischen Zäsuren des letzten Jahres brachte auch einen merklichen Einschnitt für unsere Ar-

beit. #hatebreach läuft zwar bereits seit drei Jahren erfolgreich in Nordhessen und bietet seitdem allen Schulen (Sek I und II) in den fünf nordhessischen Landkreisen (außer Fulda) kostenfreie Projekttag und -wochen an, mit der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 traf uns aber eine neue Aufmerksamkeit. Denn dem mutmaßlich rechtsterroristischen Mord vorangegangen waren Hetz- und Häme in den sozialen Netzwerken, die nach der Ermordung des Politikers erneut losbrachen. Nachdem sich auch Bundespolitiker*innen dem Phänomenkomplex Hate Speech widmeten und das antidemokratische Potenzial des Kommentarspaltensumpfes benannten, erreichten auch uns vermehrt Anfragen.

Die gestiegene Aufmerksamkeit und Sensibilität hat dazu geführt, dass eines der Grundprobleme aus den ersten zweieinhalb Jahren Bildungsarbeit jetzt sukzessive wegbriecht: Die Verwechslung von Hate Speech und (Cyber-)Mobbing, deren Entwirrung viel Platz einnahm, begegnet uns zum Glück heute viel seltener als noch Anfang 2019.

Diese Entwicklung hin zu größerer Begriffsschärfe ist erfreulich – auch wenn der Anlass kein guter ist.

5.9 Sara Nussbaum Zentrum für jüdisches Leben (Kassel)



Im vergangenen Jahr gab es wieder zahlreiche Herausforderungen für das Sara Nussbaum Zentrum, um jüdisches Leben und jüdische Kultur anschaulich zu vermitteln und mit Impulsen zu versehen. Dies galt umso mehr, als sich die Gesellschaft und mit ihr die jüdische Community durch rechtsextremistische Anschläge in Kassel und Halle erheblichen Belastungen ausgesetzt sahen.



Das Foto zeigt (v. l. n. r.) Markus Hartmann (DIG), Elena Padva (Sara Nussbaum Zentrum), Ilana Katz (Sara Nussbaum Zentrum, Jüdische Gemeinde Kassel), Stefan Wunsch (MBT Hessen) bei der Vorstellung eines Europawahlkampfplakats gegen Antisemitismus.

Foto: Sara Nussbaum Zentrum/Martin Sehmisch

Ein wichtiges Standbein war für uns wieder die Vermittlung. Dank der Unterstützung des Landes Hessen wurde die Materialsammlung „Antisemitismus heute“ für Pädagoginnen und Pädagogen im zweiten Halbjahr 2018 entwickelt. Sie erfuhr dank erfreulich großer Nachfrage Ende des Jahres 2019 eine umfassende Überarbeitung.

Beliebt waren auch unsere Workshops, etwa zum Thema „Jüdisches Leben“, oder der interkulturelle Musik-Workshop „Selam & Shalom“. Das Projekt „Speak Out!“ gab jüdischen Jugendlichen per Video ein Sprachrohr für ihre Meinungen, Gefühle und Fragen.

Nicht nur multimedial, auch vor Ort luden wir zur informativen Begegnung ein – etwa mit Sonderausstellungen über die Kasseler Musikmäzenin Emmy Rubensohn und das Thema Kindertransporte, einer beispiellosen Rettungsaktion vor 80 Jahren mit regionalem Bezug. Besonders freuten wir uns, dass ein intensiver Gesprächsabend mit einem 1917 geborenen Zeitzeugen für lokale jüdische Geschichte in unseren Räumlichkeiten möglich war.

Ein weiteres wichtiges Standbein bildeten konkrete gesellschaftspolitische Impulse. Mit Unterstützung des Landes Hessen hatten wir die Möglichkeit, unter dem Slogan „Wir haben Fragen“ eine dreiteilige Veranstaltungsreihe durchzuführen. Sie drehte sich um jüdische Perspektiven auf Antisemitismus, das Vertrauen in die Polizei sowie Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die sehr gut be-

suchten Diskussionen wurden live im Bürgerfunk übertragen und als Podcast publiziert.

In die Öffentlichkeit zu treten, war das Ziel weiterer Veranstaltungen und Kooperationen. Während des Europawahlkampfes wurde ein Plakat gegen Antisemitismus vorgestellt, das kostenlos an Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wurde. Im Rahmen einer Kundgebung projizierten wir antisemitische Vorfälle an die Hauswand eines großen Kaufhauses in der Kasseler Innenstadt. Zum Jahreswechsel erschien die zweite Ausgabe unseres Magazins „haskala“, das auf 24 Seiten spannende Einblicke in jüdisches Leben und unsere Arbeit gibt.

Die gesellschaftliche Lage hat sich nicht entspannt; entsprechend sehen auch wir viel Verantwortung und Arbeit vor uns. Im laufenden Jahr wollen wir weiter vermitteln und uns einmischen, aber auch die Arbeit mit unseren Kooperationspartnern vertiefen.

Internet: <http://www.sara-nussbaum-zentrum.de/>

Elena Padva, Sara Nussbaum Zentrum Kassel

2019 haben wir 19 Projekttag und zwei Projektwochen an Schulen durchgeführt, außerdem wurde eine Schüler*innen-AG längerfristig von uns begleitet.

Die Zahl der Lehrer*innenfortbildungen hat sich deutlich erhöht (10), was für uns auch Evidenz dafür ist, dass Schulen an einer langfristigen Einbettung des Themenfeldes in den Schulalltag interessiert sind. Nur mit sensibilisierten Lehrkräften ist die uns so wichtige Vermittlung des Themas Hate Speech fachübergreifend überhaupt möglich.

Besonders gefreut hat uns eine Werkstatt mit Lehrer*innen des Berufsbildungswerks Nordhessen, in der neben theoretischer Arbeit auch Ideen für die Praxis entwickelt und erprobt wurden.

Auch ein Seminar im Sommersemester 2019 an der Universität Kassel, das sich an alle Lehramtsstudierenden richtete und in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Didaktik der politischen Bildung stattfand, zielt auf eine

verstetigte Verknüpfung von Projektinhalten mit Lehrinhalten und kann hoffentlich im Wintersemester 2020/21 wiederholt werden.

Mit dem Start der neuen Förderperiode in Hessen wird unser Projekt von „Hessen aktiv – für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert. Außerdem verließ Maria Grüning zum Jahreswechsel das Projekt und widmet sich neuen Aufgaben. Philipp Meyer und Ann-Kathrin Mogge arbeiten nun gemeinsam im Projekt #hatebreach. Das laufende Jahr verspricht eine Fortsetzung der Entwicklungen des Vorjahres: zahlreiche Anfragen und spannende Kooperationsideen.

Internet: <http://hatebreach.net/>

Ann-Kathrin Mogge und Philipp Meyer, Projekt #hatebreach, Die Kopiloten e. V.



Projekttag an einer Kasseler Schule – ein Stop-Motion-Film entsteht. Foto: #hatebreach

5.10 „Extrem radikal?!“ – Demokratiebildung und Teilhabekultur als Extremismusprävention



In Kooperation mit der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Offenbach am Main, der Bildungsstätte Anne Frank (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) mit Sitz in Frankfurt/Main, dem Pädagogischen Zentrum Frankfurt sowie dem Violence Prevention Network e. V., Beratungsstelle Hessen, hat das Projekt des Hessischen Kultusministeriums (HKM) „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) 2019 das spezifische Radikalisierungsphänomene übergreifende Fortbildungsangebot „Extrem Radikal?!“ – Demokratiebildung und Teilhabekultur als Extremismusprävention für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in Offenbach und Frankfurt am Main durchgeführt.

Demokratiegefährdende Radikalisierungsprozesse zu erkennen und ihnen pädagogisch wirksam entgegenzutreten, stellt viele Schulen vor besondere Herausforderungen. Wie kann Extremismusprävention ohne Polarisierung und Stigmatisierung aussehen? Die für insgesamt drei Tage in einem Zeitraum von vier Monaten geplante Fortbildung lud Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte ein, sich mit Fragen und Möglichkeiten der Teilhabe, gegenseitiger Wertschätzung und Anerkennung als Formen der Extremismusprävention auseinanderzusetzen. Unsere Leitfrage war: Wie kann respektvolle und gemeinsame präventive Arbeit in der Schule aussehen und was brauche ich als Lehrkraft, um bei demokratiegefährdenden Äußerungen, Handlungen oder Erscheinungsbildern sicher und angemessen agieren zu können?

„Extrem Radikal?!“ bot Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften und Schulleitungsmitgliedern dabei die Möglichkeit,

- Inhalte, Methoden und Haltungen hinsichtlich schulischer Vielfalt und kontroverser Themen kennenzulernen und ggf. zu erproben,

- sich mit Schulkultur, Wegen zur demokratischen Schule und Beteiligungsprozessen als Formen der präventiven Arbeit auseinanderzusetzen,
- die Identitäten von Schüler*innen hinsichtlich des Spannungsfeldes von Selbstbestimmtheit und Fremdzuschreibung zu betrachten,
- sich mit biografischen Verläufen von Jugendlichen und Erwachsenen, die sich in unterschiedliche extreme Richtungen radikalisiert haben, auch unter dem Aspekt der Resilienzstärkung zu befassen sowie
- sich durch die Begegnung mit verschiedenen Hilfs- und Beratungsangeboten ein eigenes Netzwerk aufzubauen und in den kollegialen Austausch zu kommen.

Grundlegender Bezugsrahmen dieser Fortbildungsreihe und Bedingung für präventives Handeln war die Anerkennung und Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft der Vielfalt und Diversität auf Basis der Grund- und Menschenrechte bzw. der Kinderrechte. Die drei Termine bauten thematisch und methodisch aufeinander auf. Die Evaluation der Veranstaltung bestärkte sowohl die inhaltlichen, methodischen als auch organisatorischen Planungsdimensionen und gab wertvolle Hinweise zur Weiterentwicklung (s. unten).

Ausblick

„Extrem Radikal?!“ wird auch 2020 angeboten, diesmal in enger Kooperation mit dem Staatliches Schulamt für den Landkreis Fulda in Fulda. Neu dabei ist die „Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus“ mit Sitz in Marburg. Künftig stärker berücksichtigt werden – im Sinne der Evaluation – die stärkere Digitalisierung der Seminardokumentation und seminarinternen Kommunikation vor, zwischen und nach den drei Fortbildungstagen sowie eine noch explizitere Bezugnahme der Thematik auf die Grund- und Menschenrechte bzw. die Kinderrechte. Auch sollen die an hessischen Schulen aktive Netzwerklotsen (vgl. <https://hke.hessen.de/projekt-netzwerk-lotsen-1>) als Zielgruppe dieser Veranstaltung noch stärker in den Blick genommen werden.

Internet: ▶ <https://gud.bildung.hessen.de>

Dr. Bernt Gebauer, Projektleiter, Projektbüro des HKM zu Gewaltprävention und Demokratielernen

5.11 Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) in Wiesbaden



Rechtsextremismus, Neofaschismus, Islamismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus, Antiziganismus, aber auch Hass gegen homosexuelle Menschen etc. gefährden jede demokratische, auf den Prinzipien von Gleichwertigkeit und Menschenrechten basierende Gesellschaft. Eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderung ist ein kontinuierliches Engagement gegen antidemokratische, sexistische, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen und für ein menschliches Miteinander, demokratische Grundhaltungen und das Entstehen für Gerechtigkeit.

Wiesbaden ist schon 2007 eine „Partnerschaft für Demokratie“ mit dem Bund eingegangen und führt diese bis heute fort. In jedem Jahr werden aktuelle lokale, aber auch überregionale Themen als Anlass für die Einzelprojekte und Veranstaltungen ausgewählt.

Das Jahr 2019 war geprägt von Themen wie Polarisierungen in der Gesellschaft, soziale Ausgrenzung und stigmatisierende Problemzuschreibungen. Die Problem- und Themenlagen gerade für Jugendliche sind aktuell in Wiesbaden durch die repräsentative Wiesbadener Jugendstudie, die 2017 durchgeführt und in 2018/2019 umfassend ausgewertet und bearbeitet wurde, gut beschrieben.

Eine der zentralen Themen, nämlich „Dazugehören“, wurde wie folgt von Jugendlichen beantwortet: Sich „arm zu fühlen bzw. zu sein“ verhindert Teilhabe und fördert Ausgrenzung und Diskriminierung durch z. B. Gleichaltrige.

Um diese vielfältigen Themen aufzugreifen, öffentlichkeitswirksam und projektbezogen, gab es 2019 unterschiedliche Projekte, die über Vorträge, Workshops, Ausstellungen, Lesungen die Themen an unterschiedlichen

Orten und Zusammenhängen aufgriffen.

Besonderen Stellenwert hat in jedem Jahr die Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden“, die stets unter einem gesellschaftspolitisch relevanten Motto über 40 Einzelveranstaltungen umsetzt: Seit dem Jahr 2008 gibt es dafür einen Trägerkreis von vielen unterschiedlichen Organisationen und Einzelpersonen aus dem kulturellen und sozialen Bereich, der sich bewusst für die Anerkennung von Vielfalt in Wiesbaden einsetzt.

2019 drehte sich dabei alles um Anne Frank: Rund um die Wanderausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ wurden 60 Begleitveranstaltungen angeboten, bei denen an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Formen über Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung sowie die Bedeutung von Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie nachgedacht wurde.

Gefördert wurden aber auch kleinere Einzelprojekte. So organisierte ein Wiesbadener Schauspieler Lesungen und Schreibwerkstätten mit geflüchteten Menschen, im größten Stadtteil Wiesbadens finden jedes Jahr die beliebten „Abende der Vielfalt“ statt, bei denen sich Kneipen/Gaststätten als Orte der Begegnung präsentieren. Die Initiative „Moment mal“ bietet Vorträge und Diskussionsrunden mit Expert*innen, in denen es um Themen wie Demokratiegefährdung, Kulturkampf von rechts, offene Gesellschaft etc. geht.

Der Verein „Frauenwelten“ organisiert nicht nur Beratung und Gesundheitskurse für geflüchtete Frauen, sondern veranstaltet auch regelmäßig Begegnungsfeste mit Kulturprogramm. Über 150 Frauen aus sozialen und lebensweltlich unterschiedlichen Kontexten nutzten dieses selbststärkende Angebot, um sich zu informieren, zu feiern und sich als Akteurinnen demokratischen Lebens in Wiesbaden zu begreifen.

Weitere Projekte zeigen sowohl die Themenvielfalt als auch die Vielfalt der Projektträger*innen in einem breiten Spektrum:

- das Projekt „love speech“ – gegen Hass und Hetze im Netz
- das Lady*fest, ein Fest gegen Frauen-, Inter- und Transfeindlichkeit

- Workshops in Schulen zu Themen wie Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus
- die jährliche „Demokratiekonferenz“ mit thematischer Ausrichtung, bei der z. B. mit Expert*innen über politische Beteiligung diskutiert wird
- die Auseinandersetzung mit Artikel 1 des Grundgesetzes in Form eines graphischen Buches, gestaltet durch lokale Illustrator*innen und Tattoo-Künstler*innen

Die Möglichkeiten zur Kooperation waren und sind vielfältig. Und alle haben die Chance, eigenen Ideen Ausdruck zu verleihen.

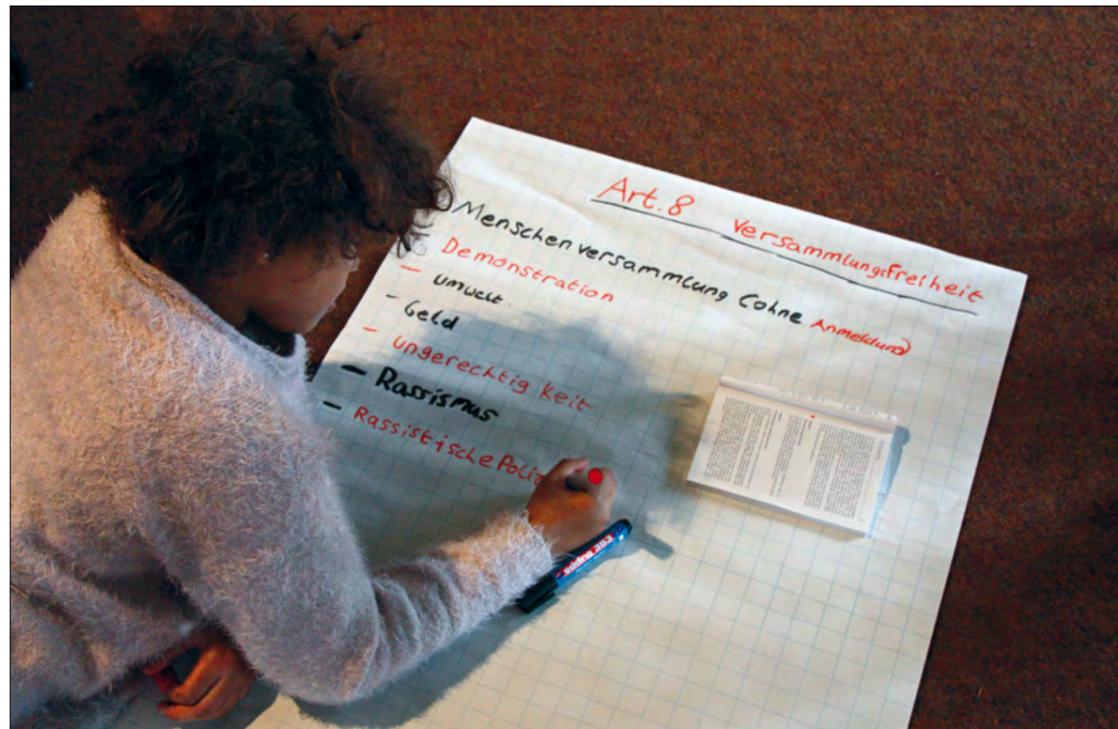
Für 2020 möchte die PFD Wiesbaden ihre Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit um „Demokratie leben“ noch deutlicher kommunizieren.

Kommunale Arbeitskreise, Ortsbeiräte in den Stadtteilen, Seniorenbeiräte und Ausschüsse werden über die Chancen und Möglichkeiten der PFD informiert.

Zur primär-präventiven Arbeit werden weitere Netzwerke und Arbeitskreise im Bereich der Kinder- und Elternzentren, Elternbildung, Kindertagesstätten, Schulen, Volkshilfswerke und weiterer Bildungsträger*innen erreicht. Sozialräumliche Netzwerke wie z. B. Stadtteilkonferenzen und Ortsbeiräte sollen verstärkt gewonnen werden, um vor Ort, im Gemeinwesen, den Themen und Bedarfen entsprechend, Projekte zu initiieren. Damit werden Engagierte (lokale Funktionsträger*innen) in ihrem demokratischen Handeln unterstützt und gestärkt.

Weitere Informationen gibt es auf der Webseite:
 ▶ www.demokratie-leben-in-wiesbaden.de

Gabi Reiter, Christoph Rath, Marie Becker, Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben in Wiesbaden“



Ein Bild aus einem Workshop zum Thema „Jugend kann die Welt gestalten“. Die einwöchigen Workshops werden für Grundschulen und weiterführende Schulen angeboten. Foto: Creative Change e. V.

5.12 „Partnerschaft für Demokratie“: Das Netzwerk für Toleranz Waldeck-Frankenberg

NETZWERK FÜR TOLERANZ WALDECK FRANKENBERG

Das Thema Rechtsextremismus rückte 2019 durch die Ermordung von Regierungspräsident Walter Lübcke, der gebürtig aus unserem Landkreis Waldeck-Frankenberg stammte, auch bei uns besonders stark in den Fokus. Die Anschläge in Halle und in Hanau trugen ebenso dazu bei, das Interesse der breiten Öffentlichkeit für Themen wie Rassismus und Antisemitismus zu wecken. Das „Netzwerk für Toleranz Waldeck-Frankenberg“ führte deshalb im November ein großes Netzwerktreffen bzw. eine Demokratiekonferenz zu dem Thema mit über 80 Interessenten durch. Daraus entstand u. a. eine neue Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt, eine „Region gegen Rassismus“ zu bilden.

Generell sind im vorigen Jahr die Anfragen nach Präventionsangeboten von Schulen sowie nach Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus für Multiplikatoren merkbar gestiegen. So gab es eine Veranstaltungsreihe „Facetten des Rassismus“, die in Zusammenarbeit mit dem Verein Synagoge Vöhl e. V. unterschiedliche Aspekte des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit beleuchtete.

„Welche Formen des Rassismus sind gegenwärtig in unserer Gesellschaft zu finden?“ und „Welche Auswirkungen hat dies auf die Integration von neu zugewanderten Menschen?“ waren Fragen einer weiteren Veranstaltungsreihe, die gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten des Landkreises durchgeführt wurde.

Gestartet wurde auch das Projekt „Demokratie feiern“, das den Fokus auf die im Grundgesetz verankerten Grundrechte setzt und mit einer Veranstaltungsreihe zu jeweils einem Grundrecht durch das Jahr führen soll.

Außerdem gab es zahlreiche schulische Anfragen nach Workshops zum Thema Vorurteile und Rassismus. Wir

haben das Konzept um ein kreatives Angebot „Flagge zeigen für ein tolerantes, weltoffenes Waldeck-Frankenberg“ erweitert, das wir gemeinsam mit der Künstlerin Reta Reinl in Schulen und Jugendgruppen umsetzen. Dadurch sollen nicht nur die Teilnehmenden des Workshops lernen, für ein tolerantes Miteinander einzustehen, sondern auch die breite Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam gemacht werden. Erreicht wird dies durch die bunten Fahnen, die an den verschiedenen Orten, wo der Workshop durchgeführt wurde, sichtbar aufgehängt werden.

Ferner führen wir seit drei Jahren im Herbst/Winter ein Kinoprojekt durch, das niedrigschwellig eine breite Öffentlichkeit für Themen rund um das Leben in der Einwanderungsgesellschaft und Demokratie sensibilisieren soll. Dazu gestalteten wir in Kooperation mit Vereinen, Schulen und Kirchen in kleinen Orten kreisweit fünf Kinoveranstaltungen, über die wir insgesamt bereits rund 800 Menschen angesprochen haben.

Intensiv wurde auch das Thema Jugendbeteiligung bzw. Bildung eines Jugendforums (z. B. in Bad Wildungen) bzw. mehrerer dezentraler Jugendforen bearbeitet. Jugendliche wurden außerdem durch die erstmalige Durchführung einer Videochallenge zum Thema „Ich, du, wir – Landleben 2025 hier“ für Themen der Jugendbeteiligung, Toleranz und Demokratie sensibilisiert und gleichzeitig über die Arbeit des Netzwerks informiert.

Dabei ist das Arbeitsfeld des Netzwerks größer geworden, was auch auf die gewachsene Sensibilität von Lehrkräften und Schulsozialarbeitenden für die Themenfelder Rassismus und Rechtsextremismus zurückzuführen ist. Vorkommnisse wie das Malen von Hakenkreuzen oder Verbreiten von antisemitischen „Witzen“ werden nun überwiegend thematisiert und nicht tabuisiert.

Die von uns begonnenen Projekte sind auf Nachhaltigkeit angelegt und sollen auch mittelfristig fortgeführt werden, so wie beispielsweise das Konzept zum Thema „Miteinander leben“. Daneben gilt es auch, die Projektideen, insbesondere zur Förderung der Jugendbeteiligung, auszubauen.

Eine Liste geförderter Projekte im Landkreis Waldeck-Frankenberg im Jahr 2019 findet man auf:
 ▶ <https://www.toleranzwafkb.de/gefoerderte-projekte/>

Nähere Informationen zur „Partnerschaft für Demokratie“ im Landkreis Waldeck-Frankenberg:
 ▶ <https://www.toleranzwafkb.de/>

Ursula Müller, „Netzwerk für Toleranz Waldeck-Frankenberg“



Präventionsangebote und Workshops in Schulen waren 2019 ein Arbeitsschwerpunkt der „Partnerschaft für Demokratie“ im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Foto: Vanessa Bat

5.13 „Partnerschaft für Demokratie“ Wetterau: Bericht aus der Praxis



Die „Partnerschaft für Demokratie“ (Pfd) Wetterau ist im August 2017 gestartet und direkt im Kreishaus angesiedelt. Sie ist eine von mittlerweile fünf „Partnerschaften

für Demokratie“ im Landkreis Wetterau. Sie ist zuständig für alle Kommunen, die keine eigene Pfd haben – dies sind 17 Kommunen mit 52 allgemeinbildenden Schulen.

Diese Kommunen liegen einerseits an der Nord-Süd-Linie zum Rhein-Main-Gebiet und andererseits im sehr stark ländlich geprägtem östlichen Bereich, angrenzend an die Landkreise Gießen, Vogelsbergkreis, Main-Kinzig-Kreis. Im Wetteraukreis sind 2.120 Vereine aktiv, die als potenzielle Projektpartner in Frage kommen.

Die „Partnerschaft für Demokratie“ (Pfd) Wetterau befindet sich immer noch im Aufbau.

Folgende Herausforderungen sehen wir: Rechtspopulismus und rechtsextremistisches Gedankengut

- Die NPD ist in mehreren Gemeindeparlamenten und im Kreistag vertreten.
- Ein NPD-Vertreter wurde in der Nachbar-PfD in den Ortsbeirat gewählt.
- Die NPD hält Schulungen, Kongresse und Bundesversammlungen in der Nachbar-PfD ab.
- Im Kreisgebiet sind zunehmend öffentlichkeitswirksame Aktionen von Rechtspopulisten feststellbar. Zudem kommt es im Kreisgebiet zunehmend zu rechtsextremen Meinungsäußerungen und Agitationen.
- Auch bundesweite Aufrufe zu einschlägigen Veranstaltungen sind Beleg für eine besondere regionale Betroffenheit.
- Anfeindungen gegenüber Akteuren, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, aber auch im kommunalpolitischen Kontext für diese Ziele engagieren, nehmen spürbar zu.
- Trotz intensiver Aufklärungsarbeit zur Demokratieförderung und mit dem Ziel eines aktiven Diskurses durch die „Partnerschaft für Demokratie“ sollte die politische Auseinandersetzung auf Gemeindeebene durch die Mandatsträger*innen sichtbarer erfolgen.

Herausforderungen auf der organisatorischen Ebene

- Die Fläche und Anzahl der Kommunen mit ihren ganz unterschiedlichen Strukturen und Bedarfen zu betreuen ist für das vorhandene Personalkontingent nur schwer leistbar.
- Der Verwaltungsaufwand ist außerordentlich hoch.
- Die Errichtung, Erhaltung und Ausweitung eines Ju-

gendforums ist aufgrund der regionalen Zuständigkeiten für 17 Kommunen eine Herausforderung, insbesondere auch im Hinblick auf eine hohe Fluktuation.

Herausforderung auf der fachlich inhaltlichen Ebene

- Bei der hohen Anzahl an zu betreuenden Kommunen, Schulen und Trägern mit unterschiedlichen ökonomischen und strukturellen Schwerpunkten ist die Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Projektinhalte „schwierig“ und langwierig.

Darauf sind wir stolz

- In zweieinhalb Jahren ist es gelungen, ein Netzwerk von etwa 100 Organisationen aufzubauen, die die Förderinhalte weitertragen.
- Eine häufige Anwesenheit der Koordinierungsstelle bei eigenen Veranstaltungen, wie bei den Projektträgern, führte zu einer Verbreitung der Förderinhalte und Hinzugewinnung immer wieder neuer Träger für den Netzwerkaufbau. Dies ist zwar außerordentlich zeitaufwendig, aber passend und sinnvoll für die Gesamtstruktur der Pfd Wetterau.
- Die heterogene Zusammensetzung des Begleitausschusses aus sehr unterschiedlichen Vereinen und Verbänden, die alle Zielgruppen abdecken, trägt zur Erfolgsgeschichte bei.

Internet: ▶ <https://demokratie-leben.wetterau.de/demokratie-leben/>

Cornelia Wenk, „Partnerschaft für Demokratie“ Wetterau



Gruppenfoto beim jüngsten Vernetzungstreffen der „Partnerschaft für Demokratie“ (Pfd) Wetterau (Januar 2020). Foto: Loni Schuchardt

6. WAS GAB ES 2019 NEUES IM BERA- TUNGSNETZWERK HESSEN?

stem
schaft
raten

- Ich und das System:
Kennenlernen
- Das System und ich: ein
Blick
- Bestandteile meines Systems
- Möglichkeiten in der Praxis

6.1 Fachtag „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ in Frankfurt

Zum zweiten Mal nach 2014¹ veranstaltete das Beratungsnetzwerk Hessen im vergangenen Jahr am 13. Mai 2019 in Frankfurt/Main eine eintägige Tagung zur „Systemischen Beratung im Kontext Rechtsextremismus“. Der Fachtag mit fast 80 Teilnehmer_innen diente sowohl der Wissensvermittlung als auch dem Austausch darüber, wie der systemische Ansatz in die Praxis der Mobilen Beratung und der Ausstiegs-/Distanzierungsberatung Eingang findet. In der „Systemischen Beratung“ wird das Augenmerk auf die soziale Vernetztheit des Menschen gelegt und die einzelne Person nicht isoliert, sondern immer im Zusammenhang mit ihrer Umwelt – ihrem System – betrachtet. Und es wird von der Selbstständigkeit des Klienten ausgegangen, der als „Experte in eigener Sache“ betrachtet wird. Im Mittelpunkt der Frankfurter Tagung im Mai 2019 stand die Frage nach den Chancen und

Herausforderungen, aber auch den Grenzen der Systemischen Beratung im Kontext von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dabei ging es auch um praktische Fragen wie: Welche Methoden sind geeignet, um Eltern zu beraten, deren Kind sich radikalisiert? Oder was hilft einem Bürgermeister einen systemischen Blick auf seine Kommune zu bekommen? Im Laufe der Weiterbildung wurden das Verständnis und die Methoden der Systemischen Beratung immer wieder diskutiert, nachgedacht, angepasst und auf den Kontext Rechtsextremismus übertragen. So trägt der systemische Ansatz dazu bei, die Beratung im Kontext Rechtsextremismus zu strukturieren und qualitativ weiterzuentwickeln. Der Fachtag diente mithin der Vertiefung und der Bilanzierung dieser Erkenntnisgewinne.



Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen im Mai 2019 zur Fachtagung „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ nach Frankfurt. Foto: Demokratiezentrum Hessen / Peter Jülich

¹ Am 15. Dezember 2014 fand in Berlin der Fachtag „Beratung mit Leidenschaft“ statt; eine ausführliche Dokumentation dazu siehe http://beratungsnetzwerk-hessen.de/uploads/bnwh/dokumente/public/Weiterbildung/Fachtagdokumentation_barrierefrei_end.pdf

6.2 Klausurtagung Butzbach: Bilanz und Ausblick zur Arbeit des Netzwerks

„Extrem gut! Demokratisches Hessen 2024“ war der Titel einer erkenntnisreichen Klausurtagung des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ am 11. und 12. September 2019 in Butzbach. Rund 70 Fachleute aus ganz Hessen kamen zusammen, um einerseits eine (Zwischen)Bilanz ihrer Arbeit zu ziehen und andererseits einen Ausblick auf neue Herausforderungen zu werfen und neue Ideen für die zukünftige Arbeit zu entwickeln. Im intensiven Austausch miteinander wurde die gegenwärtigen Beratungstätigkeit eingehend reflektiert und eine (kritische) Bestandsaufnahme gezogen. Das diente als fruchtbare Grundlage für die Erarbeitung und lebendige Diskussion konkreter und innovativer Vorschläge, wie sich das Beratungsnetzwerk Hessen in der künftigen Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit und Extremismus weiterhin effizient aufstellen kann.

(Hinweis: Eine Liste aller Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen finden Sie am Ende dieses Jahresberichts.)



„Was kommt auf uns zu?“. Auch um den Ausblick auf künftige Herausforderungen ging es in der Klausurtagung des Beratungsnetzwerks im September in Butzbach. Foto: Demokratiezentrum Hessen

6.3 Fachtag „Schule und Rassismus“ in Frankfurt



Tina Dürr vom Demokratiezentrum Hessen war Mitmoderatorin und Referentin beim Fachtag über „Schule und Rassismus“ im Oktober bei der Evangelischen Akademie in Frankfurt. Foto: Beratungsnetzwerk Hessen

Große Resonanz und interessante Erkenntnisse: Am 24. Oktober 2019 fand in der Evangelischen Akademie Frankfurt in Kooperation mit dem „Beratungs-

netzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ der sehr gut besuchte Fachtag „Die Unsichtbarkeit von Rassismus. Umgang mit Diskriminierung im Schulalltag“ statt. Dabei wurden Ergebnisse der Studie „Zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag“ (2017) und Best-Practice-Beispiele sowie Unterstützungsangebote vorgestellt. Unter anderem hielten Tina Dürr und Pia Thattamannil vom Demokratiezentrum bzw. Beratungsnetzwerk Hessen am Vormittag einen Impulsvortrag. Am Nachmittag wurden in Workshops verschiedene Formen der Diskriminierung vertieft behandelt, darunter Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Gerade Letzteres komme oft zu kurz und sei doch oft präsent auf jedem Schulhof und in der Adoleszenz ein wichtiges Thema, so eine Quintessenz der Tagung. Das Beratungsnetzwerk will zusammen mit der Evangelischen Akademie dranbleiben und plant weitere Fachtage.

6.4 Fachtag „Extrem gut! Bilanzierung und Ausblick der Konzeptwerkstatt“



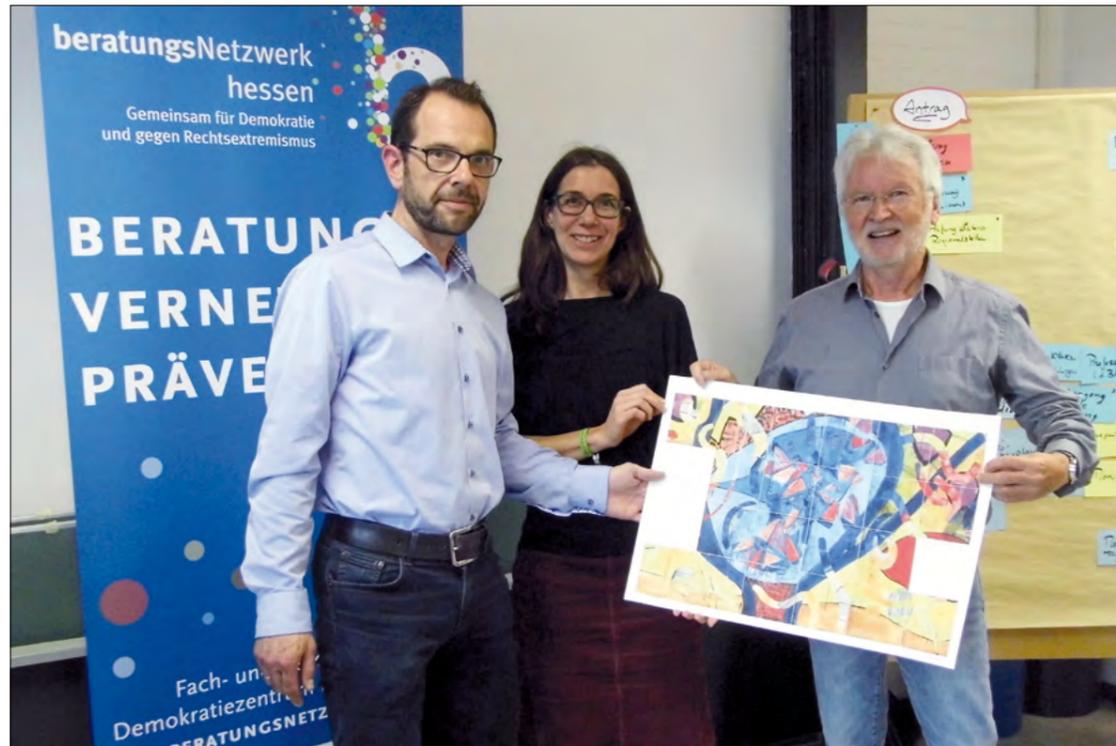
Um Austausch, Bilanz und Ausblick ging es beim Fachtag der Konzeptwerkstatt im Dezember in Frankfurt. Foto: Beratungsnetzwerk Hessen / Andreas Born

Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus oder religiösem Extremismus vorbeugen und Schulen und außerschulischen Trägern dazu breit gefächerte Präventionsangebote vorstellen ist das Ziel vieler zivilgesellschaftlicher und staatlicher Träger in Hessen. Als gemeinsames Forum des Austauschs und der Kooperation wurde 2015 die sogenannte „Konzeptwerkstatt“ ins Leben gerufen, ein interdisziplinäres, phänomenübergreifendes Austauschformat hessischer Träger unter der Leitung des Demokratiezentrum Hessen, in dem sich Mitarbeiter*innen, die in der Prävention von religiös begründetem Extremismus, Rassismus und Rechtsextremismus tätig sind, vernetzen, um gemeinsam methodische Fragestellungen und Herausforderungen der verschiedenen Arbeitsfelder zu reflektieren und zu bearbeiten.

Am 10. Dezember 2019 fand in Frankfurt ein von den Trägern der Konzeptwerkstatt gemeinsam organisierter Fachtag mit dem Titel „Extrem gut! Bilanzierung und Ausblick der Konzeptwerkstatt“ mit über 70 Teilnehmer_innen statt. Denn die Träger der Konzeptwerkstatt bewegt – trotz ihrer unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte wie Rassismus, Rechtsextremismus oder religiös begründeter Extremismus – ähnliche Grundfragen wie: Was bewegt Jugendliche in politisch „unsicheren Zeiten“? Wie können Zugänge in unterschiedliche Systeme wie z. B. Schule gelingen? Woran merkt man, dass Projekte und Angebote Wirkung zeigen? Und wie können Träger in den unterschiedlichen Handlungsfeldern voneinander lernen?

Zur Klärung dieser und vieler weiterer Fragen diente der gemeinsame Fachtag in Frankfurt. Es wurden inhaltliche und methodische Fragen dazu vorgestellt und weiter diskutiert, die Perspektive für die eigene Arbeit erweitert und zusammen Ideen entwickelt, welche Austauschformate für die gemeinsame Arbeit in den nächsten Jahren nötig sind.

6.5 Beratungsnetzwerk Hessen erhielt erneut Gütesiegel für seine Arbeit



Gutachter Prof. Walter Bender (rechts) übergab das Testat der „Kundenorientierten Qualitätsentwicklung für Beratungsorganisationen“ im Oktober 2019 an Dr. Reiner Becker (links) und Tina Dürr vom Demokratiezentrum Hessen. Foto: Demokratiezentrum Hessen

Zum dritten Mal hintereinander wurde das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ für seine professionelle, gute Arbeit qualitätszertifiziert. Es erhielt im vergangenen Jahr erneut das Testat der „Kundenorientierten Qualitätsentwicklung für Beratungsorganisationen“ (KQB-Zertifikat).

Von Anfang an legte das Demokratiezentrum Hessen großen Wert auf die stetige Qualitätsentwicklung der Beratungsleistungen des Netzwerks. So wurde die Stelle einer Qualitätsbeauftragten geschaffen, ferner arbeitet ein Qualitätszirkel regelmäßig an der Verbesserung der Verfahren und für die Mitglieder wurde ein nützliches umfangreiches „Handbuch zur mobilen Beratung“ erstellt. Seit 2011 stellt sich das Demokratiezentrum Hessen zudem freiwillig den strengen Testierungsanforderungen des KQB-Ver-

fahrens und war damals bundesweit das erste qualitätstestiertere Beratungsnetzwerk bei dieser Qualitätstestierung. Im Januar 2015 wurde es für vier weitere Jahre retestiert. Auch diese Testierungsphase absolvierte das Beratungsnetzwerk Hessen mit Erfolg, sodass es im Oktober vorigen Jahres im Rahmen eines Abschluss-Workshops in Marburg als äußeres Zeichen für seine hochwertige Arbeit das Güte-Zertifikat für die nächsten vier Jahre bis 2023 offiziell überreicht bekam. Gutachter Prof. Dr. Walter Bender übergab das Testat und lobte, dass die Qualität aller Netzwerkpartner in einem ständigen Prozess weiterentwickelt werde. Dem Demokratiezentrum sei es hervorragend gelungen, die organisatorischen Beratungsbedingungen im Netzwerk durch einen strukturierten, reflexiven Prozess zu fördern, der die Entwicklungspotenziale der Partner berücksichtigt.

6.6 Studie zur Evaluation der Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ (2012 – 2019) des Demokratiezentrum Hessen

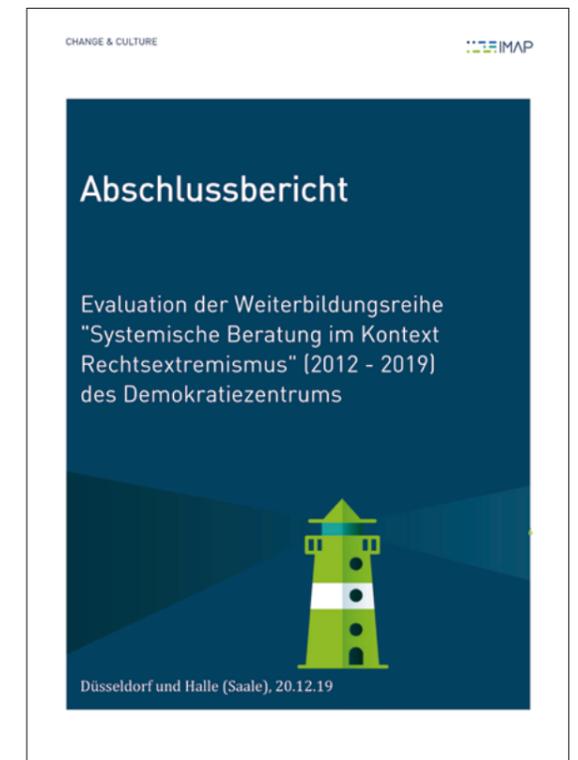
Wie werden die seit Jahren angebotenen modularen Weiterbildungen des Demokratiezentrum Hessen von Teilnehmer_innen beurteilt? Wie professionell werden die diversen Kurse durchgeführt? Das untersuchte eine Studie zur „Evaluation der Weiterbildungsreihe ‘Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus’ von 2012 bis 2019“, die von der IMAP GmbH in Düsseldorf und dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH e.V.) durchgeführt und Ende vorigen Jahres veröffentlicht wurde.

Die Ergebnisse der Evaluation zeigen ein außerordentlich hohes Maß an geäußelter Zufriedenheit mit der Durchführungsqualität in unterschiedlichen Bereichen der modularen Fortbildungsreihe. Das betrifft sowohl organisatorische als auch inhaltliche Komponenten.

Alle durch das Demokratiezentrum Hessen angebotenen Kurse seit 2012 seien durchweg sehr gut beurteilt worden. Sowohl berufserfahrene langjährige Berater_innen als auch Berufseinsteiger_innen im Feld der Beratung gegen Rechtsextremismus zeigten sich zufrieden.

Überhaupt wird die heterogene Zusammensetzung der Kurse als hilfreich empfunden: Der Austausch über Bundeslandgrenzen hinweg sowie zwischen den verschiedenen Beratungssäulen wird als förderlich für ein Lernen voneinander empfunden. Ein eindeutiges Bild zeigt sich auch hinsichtlich der Frage, ob die modulare Reihe weiterzuempfehlen sei: Nahezu alle Befragten würden Kolleg_innen in einem vergleichbaren Aufgabenfeld die Teilnahme ans Herz legen.

Auch die Koordination der Weiterbildungsreihe durch das Demokratiezentrum Hessen in Kooperation mit dem Systemischen Institut Tübingen wird sehr positiv bewertet. „Die vorgelegte Evaluation zeigt eindrücklich, dass für eine weitere Optimierung der Weiterbildungsreihe nur wenige Stellschrauben nötig und folglich möglich sind,“ so das Evaluator_innen-Team aus Jena und Düsseldorf.



Die Weiterführung der modularen Weiterbildung ist daher für 2021 geplant, nachdem sie 2020 entfallen musste.

Die Studie sowie eine Kurzfassung findet man auf der Website <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/evaluation-der-weiterbildung-systemische-beratung-im-kontext-rechtsextremismus>

(zum Thema „Modulare Weiterbildung 2019“
➤ siehe auch Kapitel 7.6)

6.7 Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ weiter gefragt



Bereits seit 2015 stellt das Beratungsnetzwerk Hessen eine mobile Leih-Ausstellung unter dem Titel „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ Schulen, Vereinen, Parteien, Initiativen und anderen interessierten Institutionen kostenfrei zur Verfügung. Dazu gibt es eine eigene begleitende Website mit ausführlichen Zusatzinformationen und Lehrmaterialien.

Die mehr als zwei Dutzend Roll-Ups umfassende Ausstellung ist ein anschauliches Beispiel für die praktische Informations- und Bildungsarbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen, was auch die große Nachfrage danach belegt. 2019 wurde die Ausstellung insgesamt zehn Mal angefragt und letztlich sechs Mal – jeweils über einen längeren Zeitraum – ausgeliehen. So war sie zu sehen in Alzenau, Frankfurt, Speyer, Erfurt, Bonn und Darmstadt.

Mehrfach angefragt wurde auch die Möglichkeit, die Roll-Ups als Posterdateien zum Selbstaussdruck beim Demokratiezentrum zu beziehen.

Nähere Informationen zur Ausstellung und Ausleihmöglichkeit gibt es unter der Internetadresse:

► <http://www.rechts-aussen.de/>

6.8 Neue Publikationen

6.8.1 Neuer Folder „Das Jahr in Zahlen“ hat Premiere



Um möglichst frühzeitig, komprimiert und übersichtlich vorab über die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit des „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ im vergangenen Jahr zu informieren, hat das Demokratiezentrum Hessen im März 2019 erstmals einen faltbaren DIN-A-4-Folder mit dem Titel „Das Jahr 2018 in Zahlen“ herausgegeben. Er machte zusätzlich zum umfangreichen Jahresbericht schon mal in Kurzform auf die Arbeit des Netzwerks im Jahr zuvor aufmerksam.

In dem großformatigen 6-seitigen Falblatt „Das Jahr 2018 in Zahlen“ findet man ansprechend und sehr knapp gefasst die wichtigsten Daten und statistischen Zahlen des Beratungsnetzwerks Hessen für 2018.

Analog dazu soll auch in den nachfolgenden Jahren ein entsprechender Kurz-Folder vom Demokratiezentrum Hessen erstellt und veröffentlicht werden.

6.8.2. Aktualisierung und Neuauflagen von Info-Material

Kontinuierlich versucht das Demokratiezentrum Hessen, seine diversen Flyer, Folder, Infoblätter und Publikationen auf ihre Aktualität zu überprüfen und ggf. zu überarbeiten und neu aufzulegen. So hat das Demokratiezentrum Hessen 2019 eine überarbeitete und erweiterte Neuauflage der Broschüre „Extrem gut! Bildungsangebote gegen Menschenfeindlichkeit“ herausgegeben. Sie bietet eine Übersicht von Angeboten hessischer Träger zur Demokratiebildung und zur Prävention und Beratung in den Bereichen Rassismus, Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus.

Die Broschüre im handlichen DIN-A-6-Taschenformat (15 cm x 10,5 cm) umfasst nun 40 Seiten und will insbesondere Schulen Präventionsangebote und Ansprechpartner/innen vorstellen und damit helfen, Demokratiefreundlichkeit, Rassismus oder Extremismus vorzubeugen.

Zudem wurde der allgemeine Info-Flyer über das Beratungsnetzwerk Hessen „Beratung – Vernetzung

– Prävention“ auf den neuesten Stand gebracht und neu gedruckt.

Beide Publikationen stehen in einer Download-Online- und einer Druckversion zur Verfügung und können auch über die Kontakt-E-Mailadresse ► kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de angefordert werden können.



Alle Informationsmaterialien des Demokratiezentrum findet man auf der Internetseite:

► <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/unsere-materialien>

6.8.3 Jahresbericht 2018 in Online- und Printversion



Cover des Jahresberichts 2018.

Zum dritten Mal legte das Demokratiezentrum Hessen 2019 eine ausführliche Bilanz seiner in einem Jahr angefallenen Aktivitäten, Tätigkeiten und Neuerungen im Beratungsnetzwerk Hessen vor. Damit soll auch eine breite Öffentlichkeit auf die vielfältigen Aufgaben, Arbeiten und Herausforderungen des Netzwerks und des Demokratiezentrums als seiner Geschäftsstelle aufmerksam gemacht und die von Bund und Land geförderte Einrichtung vorgestellt werden.

Integriert ist in dem Bericht als „Herzstück“ die statistische Auswertungsübersicht der Beratungsfälle und Präventionsmaßnahmen des Vorjahres. Daneben finden sich Berichte, Bilanzen und Ausblicke aus der praktischen Arbeit vor Ort, Texte über alle Neuigkeiten im Beratungsnetzwerk des vergangenen Jahres sowie Informationen zu Treffen, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen. Kapitel zur Finanzierung, zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie eine aktuelle Liste aller Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen komplettieren das Werk.

Der Jahresbericht 2018 liegt in einer Online- und Druckversion vor, siehe:

- ▶ <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/rechtsextremismus-beratungszahlen-in-hessen-klettern-auf-rekordwert> und
- ▶ <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/jahresberichte>

6.8.4. Neue Ausgabe der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“



Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ bietet seit 2016 ein wissenschaftliches Forum für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie ist eine Plattform für den gegenseitigen Austausch guter Ansätze aus Wissenschaft und Praxis gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Rechtsextremismus, gewaltorientierten Islamismus und andere Abwertungs- und

Ausgrenzungsphänomene. Im Verantwortlichen-Team der Wissenschaftszeitschrift sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Demokratiezentrums Hessen maßgeblich vertreten, wo auch die Themen- und Beitragskoordination sowie die Redaktion erfolgt. Titel der (ausnahmsweise einzigen) Ausgabe 2019 war „Shrinking Spaces“, womit die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume gemeint ist. Denn die Grenzen existierender Spielräume einer demokratischen Gesellschaft werden heute vielfach ausgelotet, um den „politischen Gegner“ zu diffamieren, und ein Schwinden von Handlungsräumen für zivilgesellschaftliche Organisationen ist an manchen Stellen auch in Deutschland zu beobachten.

Der Schwerpunktband 2019 widmete sich einzelnen Mosaiksteinen dieser zunehmenden Einschränkung. So gibt es u. a. Beiträge über die Geschichte und Bedeutung der Menschenrechte, zum sogenannten Neutralitätsgebot, zur Situation der Zivilgesellschaft in Ungarn oder über rechtspopulistische Parteien und Strömungen in Österreich.

Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ erscheint in der Regel zweimal im Jahr im Wochenschau Verlag, der zum Kennenlernen allen Interessierten das jeweils aktuelle Heft kostenlos als Gratis-Probeheft zur Verfügung stellt.

Informationen

- ▶ <https://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/heftbestellung/>

7. VERNETZUNG, AUSTAUSCH, WEITERENT- WICKLUNG

Persönliche Begegnungen und intensiver Erfahrungsaustausch untereinander – das sind Grundvoraussetzungen für eine effektive Vernetzungsarbeit, damit gemeinsame Ziele gestärkt umgesetzt werden können und die Arbeit kontinuierlich weiterentwickelt wird. Das gilt auch für das Beratungsnetzwerk Hessen in seinem Einsatz für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Zahlreiche Treffen, interne

Runden, regelmäßige Gremiensitzungen wie auch Fachtagungen oder Workshops boten dafür auch 2019 angemessen Platz und Gelegenheit, das starke Geflecht zu stabilisieren und auszubauen zum Schutz und zur Weiterentwicklung einer freiheitlichen, vielfältigen, respektvollen und menschlichen Gesellschaft.

7.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen



Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen bei seiner Einführungsrede zum Vernetzungstreffen am 21. November 2019 in Stadthalle Stadallendorf.

Foto: Demokratiezentrum Hessen

Auch im vorigen Jahr 2019 standen der Erfahrungsaustausch, das gegenseitige Kennenlernen und Kontaktknüpfen wie Reflektieren der eigenen Arbeit im Mittelpunkt der in der Regel drei Mal im Jahr stattfindenden internen sogenannten Vernetzungstreffen des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Die Treffen werden vom Demokratiezentrum einberufen, organisiert und dienen neben dem Aus-

tausch über Grundfragen bestehender Beratungsprozesse auch zur inhaltlichen und konzeptionellen Planung und Abstimmung von Präventions- bzw. Bildungsmaßnahmen sowie dem intensiven Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Hessen.

Zu den Vernetzungstreffen werden Vertreter_innen der Mitglieder des Netzwerks, Berater_innen, Vertreter_innen der hessischen Partnerschaften für Demokratie (PFD) und die Träger der hessischen Modellprojekte eingeladen.

An den Vernetzungstreffen 2019 nahmen im Durchschnitt zwischen 60 und 80 Personen teil.

- Am 16. Mai 2019 fand das Vernetzungstreffen in Stadthalle Stadallendorf statt.
- Am 11. und 12. September 2019 traf man sich zum Vernetzungstreffen in Verbindung mit der Klausurtagung „Extrem gut! Demokratisches Hessen 2024“ in Butzbach (siehe Kapitel 6.2).
- Am 21. November 2019 gab es das letzte Vernetzungstreffen des Jahres, ebenfalls in Stadthalle Stadallendorf.

7.2. Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams

Zur festen Einrichtung im Netzwerk gehören auch die jährlich mehrfach stattfindenden Treffen der mobilen Beraterinnen und Berater des Beratungsnetzwerks zur Besprechung projektrelevanter Themen und zur kollegialen Fallberatung. Dabei werden gemeinsam mit der Leitung des Demokratiezentrum intern Erfahrungen ausgetauscht, evtl. Probleme angesprochen und zu lösen versucht sowie die künfti-

ge Arbeit der Intervention, Prävention und Beratung besprochen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort an der Basis leisten.

Im Jahr 2019 fanden diese regulären Treffen am 30. Januar, 8. Februar und 28. August sowie als zweitägige Klausurtagung am 31. Oktober und 1. November statt. Darüber hinaus gab es zwei Berater_innen-Fortbildungstermine im April und Juni 2019.

7.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung

Mehrmals im Jahr und nach Bedarf finden Treffen des sogenannten Qualitätszirkels des Beratungsnetzwerks Hessen statt. Denn die kontinuierliche Qualitätsentwicklung ist eine Daueraufgabe des Demokratiezentrum und des Netzwerks, auf die hoher Wert gelegt wird. So wurde das Beratungsnetzwerk Hessen bundesweit als erstes Beratungsnetzwerk bei der ArtSet Qualitätstestierung GmbH im Januar 2011 qualitativ getestet und im 2019 für vier weitere Jahre erfolgreich retestiert (siehe Kapitel 6.5).

Der Qualitätszirkel ist eine Arbeitsgruppe, die im Rahmen des Testierungsverfahrens 2009 gegründet wurde und strategische Entwicklungsziele formuliert sowie die Prozesse des Qualitätsmanagements unter-

stützt. Er setzt sich aus Mitgliedern des Beratungsnetzwerks zusammen und bildet dabei die verschiedenen Akteursgruppen des Beratungsnetzwerks ab: Lenkungsgruppe, Demokratiezentrum, Expertenpool, Berater_innen.

Die Aufgaben des Qualitätszirkels umfassen die systematische Erörterung von Qualitäts- und Verfahrensfragen, Ideenmanagement für Entwicklungsziele, Evaluationen von Berater_innen und Teams, Qualitätschecks sowie Entwicklung und Realisierung konkreter Indikatoren zur Überprüfung. Die Mitglieder des Qualitätszirkels trafen sich 2019 am 13. Februar und 25. September in Marburg.

7.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen

In halbjährlichen Abständen (oder aus besonderem Anlass) trifft sich die Lenkungsgruppe des Netzwerks, die für die Fortentwicklung des Projekts im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zuständig ist. Sie setzt sich paritätisch aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen.

Die Lenkungsgruppe leitet strategisch die Umsetzung des Programms, verantwortet und steuert die Aktivitäten im Netzwerk, gewährleistet einen regel-

mäßigen Informationsaustausch mit den Landesressorts über die Arbeit des Beratungsnetzwerks und der mobilen Beratungsteams, implementiert weitere erforderliche Ressourcen, die für eine qualitative Arbeit notwendig sind, nimmt gegenüber dem Demokratiezentrum die Aufsichtsfunktion wahr und entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder im Expertenpool des Beratungsnetzwerks Hessen.

Im Jahr 2019 fanden die Treffen der Lenkungsgruppe am 18. März und 14. Oktober in Wiesbaden statt.

7.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“

„Partnerschaften für Demokratie“ (PFD) sind lokale bzw. regionale Bündnisse, in denen Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickelt und umgesetzt werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ unterstützt dabei kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) beim Aufbau der „Partnerschaften für Demokratie“, die zusätzlich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert werden. Damit soll gezielt ziviles Engagement und demokra-

tisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene gefördert werden. So werden Vereine, Projekte und Initiativen unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus oder Antisemitismus arbeiten.

2015 wurde ein eigenes Austauschtreffen für die hessischen Partnerschaften für Demokratie etabliert, das zwei Mal jährlich mit Vertreter_innen des Demokratiezentrum stattfindet. Diese Treffen dienen sowohl

der Abstimmung von Arbeitsprozessen als auch der spezifischen Fort- und Weiterbildung, die u. a. über das Demokratiezentrum organisiert und angeboten werden können.

Da die Partnerschaften eine immer größere Rolle als kommunales Bindeglied für die verschiedenen An-

gebote spielen, die vom Demokratiezentrum koordiniert werden, sind diese Treffen für alle Beteiligten besonders bedeutend.

2019 fanden eine zweitägige PFD-Klausur am 2. und 3. April in Schwarzenborn sowie ein weiteres Treffen am 11. November in Friedberg statt.

7.6 Modulare Weiterbildung sichert Professionalität

Das Beratungsnetzwerk Hessen legt großen Wert auf eine professionelle, einheitlich qualitative Weiterbildung von Beraterinnen und Beratern. Deshalb organisiert das Demokratiezentrum seit langem gezielt Fortbildungsseminare als modulare Weiterbildungsreihe. Bereits seit 2012 wird die modulare Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ vom Demokratiezentrum Hessen koordiniert und in Kooperation mit dem Systemischen Institut Tübingen durchgeführt.

Die Weiterbildungsreihe richtet sich überwiegend an mobile Berater_innen, sowie darüber hinaus an Berater_innen der Opferberatung und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung.

Seit 2016 wird diese Weiterbildungsreihe, auf Grund der kontinuierlich hohen Nachfrage, nicht mehr nur für Berater_innen, die in Hessen tätig sind, sondern auch bundeslandübergreifend angeboten und so von verschiedenen Akteur_innen aus ganz Deutschland genutzt.

2019 nahmen insgesamt 76 Berater_innen an den Kursangeboten teil. Es fanden neben einem neuen Grundkurs, der aus vier dreitägigen Modulen bestand, ein Aufbaukurs, der drei dreitägige Module umfasste, und ein zweitägiger Vertiefungskurs statt. Daneben fanden drei Supervisionskurse für die jeweiligen Ausbildungsjahrgänge statt, in denen die Berater_innen gemeinsam die Erfahrungen in der Anwendung des erworbenen Handwerkszeugs reflektieren.

In diesem Jahr 2020 können leider keine Weiterbildungskurse angeboten werden. Mit Blick auf die geplante Weiterführung 2021 soll die obige Kursstruktur beibehalten und um zwei Module ergänzt

werden, die sich jeweils spezifisch der Betroffenenberatung bzw. der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit widmen.

Insgesamt haben bis Ende vorigen Jahres bereits 136 Mobile Berater_innen, Opfer- und Ausstiegsberater_innen aus allen Bundesländern an der modularen Weiterbildung „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ teilgenommen.

Im vergangenen Jahr fand zudem am 13. Mai 2019 in Frankfurt/Main eine eintägige Tagung zur „Systemischen Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ statt. Der Fachtag mit fast 80 Teilnehmer_innen diente sowohl der Wissensvermittlung als auch dem Austausch darüber, wie der systemische Ansatz, bei dem der Einzelne und sein Problem eng im Zusammenhang mit seiner Umwelt – seinem System – betrachtet wird, in der Praxis der Mobilen Beratung und der Ausstiegs-/Distanzierungsberatung Anwendung findet. (siehe dazu Kapitel 6.1)

Wie professionell und effizient die angebotenen Weiterbildungen des Demokratiezentrum Hessen sind, hat eine Studie „Evaluation der Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ von 2012 bis 2019“ belegt, die von der IMAF GmbH in Düsseldorf und dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH e.V.) im vorigen Jahr durchgeführt und veröffentlicht wurde. Die Ergebnisse der Evaluation zeigen ein außerordentlich hohes Maß an geäußelter Zufriedenheit mit der Durchführungsqualität in unterschiedlichen Bereichen der Fortbildungsreihe. Das betrifft sowohl organisatorische als auch inhaltliche Komponenten. (siehe dazu Kapitel 6.6)

8. FINANZIERUNG



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

**HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS**

Die Arbeit des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und des Demokratiezentrum Hessen als dessen Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle wird aus Fördermitteln des Bundes und des Landes finanziert.

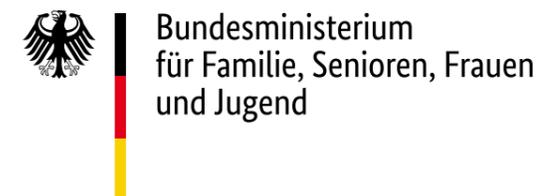
Die Förderung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremis-

mus“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS).

Die Fördermittel von Bund und Land sind in den letzten Jahren – auch als Konsequenz der gesellschaftlich angespannten Situation – immer wieder gestiegen und aufgestockt worden.

2019 standen für die Arbeit insgesamt 3.065.917,41 Millionen Euro zur Verfügung: 1.725.000,00 Mio. Euro aus dem oben genannten Landesprogramm und 1.340.917,41 Mio. Euro aus dem Bundesprogramm.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Seit Mitte 2016 gibt es beim Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg eine kleine Pressestelle mit einem Mitarbeiter (halbtags) als Ansprechpartner für die Medien sowie für Mitglieder des Beratungsnetzwerks in Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Auch dessen Arbeit und Aufgabenfeld hat sich in den letzten Jahren spürbar vergrößert.

Im vergangenen Jahr 2019 rückten zusehends wachsende Aktivitäten am politisch rechten Rand und vor allem grausame rassistisch motivierte Taten den Rechtsextremismus in Deutschland und Hessen in den Fokus der Öffentlichkeit. Insbesondere nach dem Mord an Kassels Regierungspräsidenten Walter Lübcke war das Interesse der Medien an einer fachlichen Einordnung der Tat und zu Fragen der Entwicklung des Rechtsextremismus (in Hessen) groß, entsprechende Anfragen an das Demokratiezentrum waren äußerst zahlreich. Nachrichtenagenturen, überregionale Zeitungen, Hörfunk- und Fernsehstationen, regionale Blätter und Fachmedien wollten wissen, wie es zu den Taten von rechts kommen konnte. Auch international fanden die Ereignisse mediale Beachtung. So kamen Anfragen beispielsweise von Medien aus der Schweiz oder Schweden. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrums Hessen, war teilweise im Interview-Dauereinsatz.

Aber auch andere Tätigkeiten und Ereignisse im Beratungsnetzwerk Hessen fanden sich 2019 verstärkt in den Medien wieder.

Hier eine Auswahl des Medienechos im Jahr 2019 (aus urheberrechtlichen Gründen wird die öffentlich zugängliche URL der jeweiligen Artikelveröffentlichungen angegeben; Abfragestand: Ende Juli 2020):

- Deswegen wurde Walter Lübcke zur Zielscheibe Rechtsradikaler: Leiter des Demokratiezentrums im Gespräch (18.06.2019, Reiner Becker im Interview mit der „Hessenschau“) <https://www.hessenschau.de/tv-sendung/hessenschau---ganze-sendung-video-94664.html>
- „Hemmschwelle überschritten“: Fall Lübcke schürt Ängste bei Lokalpolitikern (18.06.2019, „n-tv“) <https://www.n-tv.de/politik/Fall-Luebcke-schuert-Aengste-bei-Lokalpolitikern-article21092008.html>
- Hessen: Forscher zum Fall Lübcke: Rechte Szene hat Gewaltpotenzial (18.06.2019, „Welt“) <https://www.welt.de/regionales/hessen/article195452175/Forscher-zum-Fall-Luebcke-Rechte-Szene-hat-Gewaltpotenzial.html?cid=onsite.onsitesearch>
- „Wir haben es mit einer ganz neuen Dimension der Enthemmung zu tun“ (19.06.2019, Reiner Becker im Interview mit dem „Spiegel“) <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/walter-luebcke-experte-warnt-vor-neuer-dimension-der-enthemmung-a-1273214.html>
- Fall Lübcke: Nazi im Heuhaufen (19.06.2019, „Zeit“) <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-06/walter-luebcke-behoerdenversagen-polizei-verfassungsschutz-rechtsextremismus/komplettansicht>
- Rechtsextreme Szene: Gewaltbereit, aber kaum mehr sichtbar (20.06.2019, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“) <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextreme-szene-gewaltbereite-gruppen-kaum-noch-sichtbar-16246273.html>
- DOSB-Gesprächsrunde gegen Rechtsextremismus (27.03.2019, Deutscher Olympischer Sportbund) <https://www.dosb.de/sonderseiten/news/news-detail/news/dosb-gespraechsrunde-gegen-rechtsextremismus/>
- Rechtsextremismus in Deutschland: Wenn aus Vorurteilen echte Gewalt wird (18.06.2019, Interview mit dem „Deutschlandfunk“, Podcast) https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtsextremismus-in-deutschland-wenn-aus-vorurteilen-echte.1008.de.html?dram:article_id=451701





- Debatte in Deutschland - Trägt die AfD Mitverantwortung für rechte Gewalt? (24.06.2019, Schweizer Radio und Fernsehen SRF) <https://www.srf.ch/news/international/debatte-in-deutschland-traegt-die-afd-mitverantwortung-fuer-rechte-gewalt> und <https://www.srf.ch/play/radio/echo-der-zeit/audio/cdu-spitze-beschliesst-kooperationsverbot-mit-afd?id=07a1c8db-66ff-49aa-942b-15245016ed43&fbclid=IwAR1E1c2vL9Hx6YrLleKq1DSEbw6z-7c66yde8onH9K6Wfebq03uYAOcdXQPI>

- „Wir sind nicht der braune Sumpf der Nation“ (27.06.2019, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“) <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/nach-luebcke-mord-10-00-menschen-demonstrieren-in-kassel-gegen-rechts-16257829.html>

- Rechtsextremismus-Forscher zum Mord an Walter Lübcke (30.06.2019, Reiner Becker im Interview mit dem Schweizer Nachrichtenportal nau.ch) <https://www.nau.ch/news/europa/rechtsextremismus-forscher-zum-mord-an-walter-luebcke-65546581>
 - Wie steht es um den Terror von rechts? (21.10.2019, Sat 1, Interview mit Reiner Becker) <https://www.173olive.de/wie-steht-es-um-den-terror-von-rechts/>
 - Forscher: Verrohung in Kommunalpolitik Gefahr für Demokratie (02.12.2019, „Süddeutsche Zeitung“) <https://www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-marburg-forscher-verrohung-in-kommunalpolitik-gefahr-fuer-demokratie-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191202-99-967631>
 - Rechter Extremismus ist alltäglich (05.07.2019, Reiner Becker im Interview mit der „Oberhessischen Presse“) <https://www.op-marburg.de/Marburg/Rechter-Extremismus-ist-alltaeglich>
 - Hessen: Demokratie-Berater registrieren mehr Anfragen (26.12.2019, „n-tv“) <https://www.n-tv.de/regionales/hessen/Demokratie-Berater-registrieren-mehr-Anfragen-article21477533.html>
 - Rechtsextreme Umtriebe auch in Mittelhessen im Wandel (19.07.2019, „Gießener Anzeiger“) https://www.giessener-anzeiger.de/lokales/stadt-giessen/nachrichten-giessen/rechtsextreme-umtriebe-auch-in-mittelhessen-im-wandel_20288862
 - Rechtsextremismus in Hessen: Beratungszahlen klettern auf Rekordwert (22.08.2019, Onlinemagazin „das-marburger.de“) <https://www.das-marburger.de/2019/08/rechtsextremismus-in-hessen-beratungszahlen-klettern-auf-rekordwert/>
- Weitere Informationen für die Presse:
<http://beratungsnetzwerk-hessen.de/presse>
 Informationsmaterialien:
<http://beratungsnetzwerk-hessen.de/unsere-materialien>

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Die Pressestelle ist vormittags besetzt und telefonisch erreichbar in der Regel montags bis freitags von ca. 9 bis 13 Uhr.

Kontaktdaten:
 Gerolf Nittner
 Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk
 Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen
 Rechtsextremismus
 Philipps-Universität Marburg
 Institut für Erziehungswissenschaft

Wilhelm-Röpke-Straße 6
 35032 Marburg
 Tel.: 0 64 21 / 28 - 23 027
 E-Mail: gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de
 Fax: 0 64 21 / 28 - 24 577
 Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de
www.facebook.com/Beratungsnetzwerk

DIE MITGLIEDER DES BERATUNGSNETZWERKS HESSEN / EXPERTENPOOL

Dem „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ gehören zahlreiche Institutionen, Organisationen und Verbände – staatliche und freie Träger – aus Hessen an. Sie bilden ein professionelles Netzwerk und unterstützen als „Expertenpool“ kompetent und zeitnah die Projekte und Arbeit der Beraterinnen und Berater vor Ort. Zu den Mitgliedern dieses Expertenpools zählen (in alphabetischer Reihenfolge):

- Antifaschistische Bildungsinitiative e. V.
➤ <http://www.antifa-bi.de/>
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat
➤ <http://www.agah-hessen.de/>
- Arbeit und Leben – DGB/VHS-Landesarbeitsgemeinschaft Hessen: „Gestaltungsraum Arbeitswelt“
➤ www.gestaltungsraum-arbeitswelt.de
- Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution (früher: International Tracing Service (ITS))
➤ <https://arolsen-archives.org/>
- Bildungsstätte Anne Frank e. V.
➤ <http://www.bs-anne-frank.de/>
mit response – Opferberatungsstelle
➤ <http://www.response-hessen.de/>
- Bildungszentrum Wetzlar (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA))
➤ <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bildungszentren/die-einzelnen-bildungszentren/wetzlar.html>
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hessen (BDKJ)
➤ <http://www.bdkj-hessen.de/>
- DGB-Bezirk Hessen-Thüringen DGB
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/>
und DGB-Jugend Hessen-Thüringen
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/jugend>
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)
➤ <https://www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>
- Die Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden
➤ <http://www.diekopiloten.de/>
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
➤ <https://www.ekhn.de/home.html>
mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
➤ <https://www.zgv.info/das-zentrum/demokratie-staerken.html>
und dem Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN
➤ <https://www.ev-jugendarbeit-ekhn.de/startseite/>
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
➤ <http://www.ekkw.de/index.php>
- Förderverein JVA Holzstraße e. V.
➤ <http://www.foerderverein-jva-holzstrasse.de/>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen
➤ <http://www.gew-hessen.de/home/>
- Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Heppenheim
➤ <http://www.haus-am-maiberg.de/>
mit der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen
➤ <https://www.regionalstelle-sued.de/>
- Hessischer Flüchtlingsrat
➤ <http://fluechtlingsrat-hessen.de/>
- Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen
➤ <http://www.jf-hessen.de/>
- Hessischer Jugendring e. V.
➤ <https://www.hessischer-jugendring.de/>
mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen (NDC)
➤ <https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>
- Hessisches Kultusministerium
➤ <https://kultusministerium.hessen.de/>

10. ANHANG

IMPRESSUM

Jahresbericht 2019 des Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

V.i.S.d.P. / Redaktion: Dr. Reiner Becker, Gerolf Nittner

herausgegeben vom:
Demokratiezentrum Hessen
im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg
Tel.: 06421 - 28 21 110
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren außerhalb des Marburger Demokratiezentrum für ihre Beiträge.

Hinweis: Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) bzw. des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gestaltung und Layout:
HEILMEYER UND SERNAU GESTALTUNG, Berlin

Gestaltung Beratungsnetzwerk-Logo:
KOMPAKTMEDIEN – Agentur für Kommunikation GmbH

Bildnachweise:
S. 27: © Regiestelle „Demokratie leben!“ / Andreas Schickert

alle übrigen Bilder, Skizzen, Tabellen und Grafiken (sofern nicht anders gekennzeichnet):
© Demokratiezentrum Hessen

Copyright 2020: Demokratiezentrum Hessen, Marburg

- Hessisches Landeskriminalamt Geschäftsstelle IKARus
▶ <http://ikarus-hessen.de/>
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
▶ <https://soziales.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
▶ <https://innen.hessen.de/>
mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)
▶ <https://hke.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium der Justiz
▶ <https://justizministerium.hessen.de/>
- Hessischer Städte- und Gemeindebund
▶ <https://www.hsgb.de/>
- HKM-Projekt (Hessisches Kultusministerium): „Gewaltprävention und Demokratielernen“
▶ <http://gud.bildung.hessen.de/>
- Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße
▶ <http://www.fremdenfreundlich.de/>
- JAKOb e.V.
▶ <http://www.projekt-jakob.de/>
- Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V., Infos siehe
▶ <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/jetzt-verein-f%C3%BCr-beratung-coaching-und-bildung-aktiv-f%C3%BCr-demokratie-e.-v.>
- jugendschutz.net
▶ <http://www.jugendschutz.net/>
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Qualifikationsprofessur für Didaktik der Sozialwissenschaften
▶ https://www.uni-giessen.de/fbz/fb03/institute/ifp/Lehrende_Team/Professor_innen/schmitt
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
▶ <https://lfv.hessen.de/>
- Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
▶ <http://www.lvjgh.de/aktuelles/>
- Makista e. V. – Bildung für Kinderrechte und Demokratie
▶ <https://www.makista.de/>
- Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechts extremismus - für demokratische Kultur in Hessen e. V., Kassel (Regionalstelle Nord-/Osthessen des Demokratiezentrum Hessen)
▶ <http://www.mbt-hessen.org/>
- Netzwerk gegen Gewalt
▶ <https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/>
- Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften
▶ <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/forschung/demokratiezentrum>
- Polizeiakademie Hessen
▶ <https://www.polizei.hessen.de/dienststellen/polizeiakademie-hessen/>
- Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus
▶ <http://www.rote-linie.net/>
- Rumi imPuls e. V.
▶ <https://www.rumi-impuls.de/>
- „Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben“
▶ <https://sara-nussbaum-zentrum.de/>
(bis Ende 2019 mit der Informationsstelle Antisemitismus Kassel)
▶ <https://sara-nussbaum-zentrum.de/isak/>
- SMOG e. V.
▶ www.smogline.de
- Sportjugend Hessen
▶ <http://www.sportjugend-hessen.de/>
- Stiftung Adam von Trott, Imshausen e. V.
▶ <https://stiftung-adam-von-trott.de/>
- Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen
▶ <http://www.sinti-roma-hessen.de/>

(Stand: Mai 2020)



HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**